

Vereinigte Staaten von Europa

Eine Aufgabe proletarischer Politik

Von

Herman Kranold.

Vortrag, gehalten auf einer Tagung der Jungsozialisten
in Hann.-Münden, Pfingsten 1924.



Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Deh / Kra

Heimvolkshochschule

Bergneustadt

der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

1924 (22c) Bergneustadt

Buchdruckerei und Verlagsanstalt E. A. S. Meißner & Co., Hannover
Abteilung Volksbuchhandlung.

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Vorbemerkung	3
I. Warum ist der Gegenstand für Sozialisten so wichtig?	4
II. Das alte und das neue Industriegebiet	6
III. Gläubiger- und Schuldnerstaaten in der Weltwirtschaft	9
IV. Die Herausbildung großer Weltwirtschaftsgebiete	10
V. Und das Britische Reich?	13
VI. Die internationale Verteilung der Reichtümer	15
VII. Ein kleiner Ausflug ins Abstrakte	17
VIII. Europas Einigung die einzige Rettung	19
IX. Was heißt europäische Wirtschaftseinheit?	22
X. Europäische Wirtschaftseinheit im Werden	23
XI. Der ungeheure Ernst der Lage	25
XII. Die politische Chance des Augenblicks	27
XIII. Kapitalistische Einigung Europas eine Notwendigkeit für den Sozialismus	28
XIV. Von Ausbeutung und Klassenkampf	30
XV. Die Gefahr der Verbürgerlichung der Sozialisten	31



Vorbemerkung

Das nachstehende Werkchen ist keine wörtliche Wiedergabe des in Hann.-Münden am Pfingstsonntag gehaltenen Referats, denn dieses wurde frei gesprochen und mußte wegen Zeitmangels gegen meine Absicht durchweg wesentlich gekürzt werden. Wenn ich es jetzt drucken lasse, so deshalb, weil ich glaube, daß eine Betrachtung der Probleme, wie sie hier angewendet wird, die die Dinge innerhalb des großen Zusammenhangs zu sehen sucht, in dem sie im wirklichen Leben sich entwickeln, ein Beitrag zur Urteilsbildung für Proletarier sein kann, und zwar ein Beitrag, der seine erzieherische Aufgabe nicht in der Züchtung einer Selbstüberschätzung der Kräfte der sozialistischen Bewegung, auch nicht in der Großzüchtung von unfruchtbarer Skepsis und nutzlosem Defaitismus sieht, sondern in der nachsichtlosen Gewöhnung an kritische, auch selbstkritische Betrachtung der Tatsachen, logische Entwicklung der Ideen und Bereitschaft, einer ehrlich erungenen Einsicht auch beim praktischen Handeln im politischen Leben zu folgen. Nur von einer solchen Einstellung der proletarischen Jugend kann ich mir jene geistige und moralische Erneuerung der sozialistischen Bewegung versprechen, die für den Fortschritt zum Sozialismus unentbehrlich ist und an der jeder mitarbeiten muß, den ein gnädiges Geschick mit den Kenntnissen und Fähigkeiten dafür ausgestattet hat.

Bedauerlich ist vielleicht, daß eine ausführlichere Darstellung, namentlich eine reichhaltigere Mitteilung des Tatsachenmaterials nicht möglich war; es hätte sich ein zwar umfangreiches, aber sehr interessantes Buch ergeben. Aber mehr bewiesen wäre auch durch eine zehnmal so starke Schrift, wie diese, nicht; und das Wesentliche an dieser Schrift ist nicht die Mitteilung „interessanter“ Neuigkeiten oder die Materialversorgung zu knapp ausgestaffierter Geister, sondern die beweisende Darlegung eines Gedankenganges; dafür reichte aber die Aufzeigung seines logischen und tatsächlichen Gerippes durchaus hin. Ja, vielleicht ist die Kürze in diesem Fall sogar eine ungewollte Garantie für die Straffheit und Schlüssigkeit des darzustellenden Gedankenganges geworden.

Bei der Korrektur wurden nur einige Kleinigkeiten wegen der inzwischen erfolgten Annahme des Dawes-Vertrages geändert.

Hannover, den 19. Juli 1924.
30. September 1924.

Herman Arnold.

I. Warum ist der Gegenstand für Sozialisten so wichtig?

Immer dringender offenbart sich die Lebensaufgabe Europas, die von 1914 bis 1918 durch Wassengewalt und späterhin durch den Wirtschaftskrieg im Frieden angerichteten umfangreichen Zerstörungen der europäischen Wirtschaft durch energische positive Maßnahmen wieder gut zu machen. Reparation, das die Politik der nächsten Jahre in Europa beherrschende Schlagwort, wird in den amtlichen Übersetzungen mit dem deutschen Wort „Wiedergutmachung“ wiedergegeben. Im strengen Sinne des Wortes wiedergutmachen kann man all das Elend und all das Unrecht nicht, das in jenen Jahren angerichtet worden ist. Denn Beleidigungen des Rechtsgedankens lassen sich nicht einfach aus der Welt schaffen, die Toten nicht wieder lebendig machen, den Krüppeln können keine heilen Glieder wieder angeheft werden, ja, es erscheint fraglich, ob auch nur die geistige Verkommenheit der seit 1914 verwildert aufgewachsenen Jugend wieder vollkommen wird beseitigt werden können.

Es gilt vielmehr, die Grundlage für das Aufwachsen eines neuen, besseren Geschlechts zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die Menschen, die jetzt erzogen werden, besser erzogen werden, daß die Menschen, die jetzt aufwachsen, gesünder aufwachsen, daß die Verhältnisse, die jetzt kommen, gerechter sind als all die Jammerprodukte der letzten zehn Jahre. Wenn diese Aufgaben aber gelöst werden sollen, so ist das nur möglich, wenn man aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre lernt und vor allem die Welt so einrichtet, daß die Ursache alles dieses Elends und Unglücks, der Krieg zwischen den europäischen Staaten, nicht wieder eintreten kann. Sicherung vor der Wiederkehr des Krieges ist deshalb die erste Bedingung, die erfüllt sein muß, wenn ein wirklicher Aufbau Europas möglich werden soll. Diese Sicherung ist gewiß eine Aufgabe der Staatspolitik, sie ist aber auch eine Aufgabe der Wirtschafts- und Kulturpolitik. Solange die Menschen Europas sich als Feinde in Gesinnung und Tat gegenüber stehen, solange sie sich gegenseitig wie eine Horde losgelassener Bestien behandeln, so lange werden die schönsten Vertragsbestimmungen vollgeklebtes Papier sein und weiter nichts; erst eine neue brüderliche Gesinnung kann hier grundlegend Wandel schaffen, und eine solche von Grund auf neue Gesinnung europäischer Brüderlichkeit ist nur möglich, wenn die Menschen einsehen, daß Europas Völker gemeinsame Lebensinteressen haben, deren gemeinsame Bearbeitung auch die Grundlage für ein Wiederaufblühen des Kulturlebens in Europa abgeben kann. Freilich wissen wir, daß auch die schönste Organisation des wirtschaftlichen Lebens allein keineswegs hinreicht, um Gewähr für das Gelingen dieses Bemühens zu schaffen. Wenn sie aber auch keine hinreichende Bedingung ist, so ist sie doch eine notwendige Bedingung, und solange sie nicht erfüllt wird, wird von neuer Kulturblüte in Europa nicht die Rede sein können.

Gerade das Überwiegen der sogenannten Kulturpolitik bei den fortschrittlich eingestellten Menschen in den letzten Jahren vor dem Kriege, die ewige Rederei von Leuten, die nicht die Macht hatten, auch nur den kleinsten Widerstand gegen das Werk internationaler Versöhnung zu brechen, über Völkerverständigung hat die schauerliche Ohnmacht von Ideen ohne reale Unterlage für die Gestaltung der Geschichte der Menschen enthüllt. Und so wird es immer bleiben, wenn nicht die

Grundlagen selbst geändert werden, wenn nicht der gute Wille von ein paar Geistesaristokraten ersetzt wird durch ein ganz elementares, jedem einleuchtendes persönliches Interesse der Massen an Friedlichkeit und Kultur. Dazu bedarf es der Schaffung entsprechender Wirtschaftszustände bei uns und draußen.

Eigentlich sollte man alles dies Marxisten nicht mehr sagen müssen. Marx hat uns gelehrt, daß zur Blüte geistiger Kultur und sittlicher Rechtschaffenheit eine entsprechende ökonomische Unterlage gehört. Solange sie nicht gegeben ist, solange die Menschen nicht imstande sind, die Notdurft ihrer leiblichen Existenz mit Sicherheit und in ausreichendem Maße sich zu verschaffen, so lange können die Menschen sich gegenseitig nicht menschenwürdig, d. h. rechtlich, behandeln, so lange müssen sie, wie hungrige Raubtiere um den Fraß, sich balgen. Diesen Zustand ökonomischer Unversorgtheit zu beseitigen, ist also zwar noch keineswegs die Lösung des Problems sittlicher Menschenbildung, wohl aber der erste und völlig unentbehrliche Schritt zur Lösung dieses Problems. Solange er nicht gemacht ist, wird von weiterem Fortschritt nicht die Rede sein können, so lange gleicht der Gang der Menschheit dem ängstlichen Dahintrippeln über die trügerische Decke eines Sumpfes, das eines Tages doch zum Durchbrechen und zum Versinken im Morast führt.

Es kommt etwas anderes hinzu. Vom Standpunkt der Vernunft und der Gerechtigkeit den Gang der Weltereignisse betrachtend, wird ein Sozialist nicht zugeben können, daß die gegenwärtige Verteilung von Schulden und Guthaben unter den Völkern der Erde anzuerkennen wäre. Vielmehr wird man mit allem Nachdruck aussprechen müssen, daß unter diesem Gesichtspunkt die Verhältnisse beinahe alles zu wünschen übrig lassen. Gewiß will ich in keiner Weise den Versuchen das Wort reden, Deutschland von der Verpflichtung vertragsmäßig übernommener Leistungen auf hinterhältigen oder gewalttätigen Wegen zu befreien. Der Vertrag von Versailles und die verschiedenen Ausführungsverträge dazu, namentlich der Dawes-Vertrag, legen Deutschland Verpflichtungen auf, die es soweit wie irgend möglich erfüllen muß, — schon um des Friedens willen; denn so wie die Dinge stehen, sind die Siegerstaaten nun einmal zunächst nicht davon zu überzeugen, daß diese einseitige Belastung Deutschlands ein Unrecht wäre, obwohl sie an der Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens auch vom Standpunkt ihrer eigenen Interessen anscheinend allmählich zu zweifeln beginnen. Aber daß es gerecht wäre, den besiegten Völkern die Verpflichtung aufzuerlegen, alle Kriegsschädigungen in weitestem Umfange alleir zu bezahlen, kann nicht anerkannt werden. Gewiß haftet das deutsche Volk für die Taten der Regierung, die es 1914 hatte, Wollte man diese Haftung aufheben, so würde man es unmöglich machen, künftighin durch eine Regierung irgendwelche internationalen Verpflichtungen einzugehen, weil man sich dann ja immer wieder darauf hinausreden könnte, daß es sich nur um Verpflichtungen einer verschwundenen Regierung handle, die mit deren Verschwinden ebenfalls erloschen seien. Eine Revolution wäre dann für jedes Volk ein bequemes Mittel, sich seinen internationalen Verpflichtungen zu entziehen. Es muß aber mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß es lächerlich ist, die Regierungen Deutschlands und der mit ihm verbündeten Länder allein mit der Verantwortung für den Krieg zu belasten. Gewiß haben sie durch bösen Willen und durch Torheit ein vollgerütteltes Maß von Schuld an diesen schrecklichen Ereignissen auf sich geladen. Aber auch jenseits der Grenzen der Mittelmächte ist solche Schuld reichlich genug vorhanden. Frankreich und die Vereinigten Staaten, ferner Rußland und ganz besonders England und Italien haben zielbewußt auf den Krieg hingearbeitet und lieber ihn als die Möglichkeit gewählt, ihn zu verhüten. Es ist heute nicht mehr zu früh, dieses Urteil zu fällen, denn die geheime Geschichte der Weltpolitik der letzten Jahrzehnte vor dem Kriegsausbruch liegt heute wie ein offenes Buch vor uns. In Einzelheiten mag das Urteil noch der Berichtigung fähig sein. In den großen Zügen aber steht für heute und für künftige Jahre die Tatsache unumstößlich fest, daß innerhalb und außerhalb unserer Mauern in gleichem Maße gesündigt worden ist. Wenn also die Pflicht zur Bezahlung der Kriegsschulden dem Besiegten auferlegt ist, so ist das ein Ausdruck der Machtverhältnisse, den ein kluger Mann akzeptiert, weil ihm nichts anderes übrig bleibt, keineswegs aber kann darin ein Ausdruck sittlicher Gerechtigkeit gesehen werden.

Es gilt also, diese und andere Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und sich bei seinen Folgerungen danach zu richten. Es hat keinen Sinn, sich von ihnen mit der feierlichen Versicherung abzuwenden, daß man diese Zustände unsittlich finde und sie

deshalb nicht anerkennen dürfe. Wenn man sich weigern würde, die Tatsache, daß die von einem fallenden Körper durchlaufenen Strecken proportional den Fallzeiten sind, oder die Tatsache, daß ein dreibeiniger Tisch niemals wackelt, anzuerkennen, so würde dadurch an den Tatbeständen nichts geändert. Die Erde bewegte sich doch um die Sonne, auch als Galilei, weil er es behauptete, jahrelang in den Kerker gesperrt wurde. Wer Menschen des Proletariats, die jetzt leben, retten will, muß sie im Ganzen einer kapitalistischen Welt retten. Diese Tatsache nicht anerkennen, heißt, den Versuch machen, Unbequemes durch Ignorierung zu vernichten, dessen Meister der Vogel Strauß ist. Diese Tatsache zugeben und ernst nehmen, heißt, die einzig mögliche Grundlage für eine reale Politik der Arbeiterklasse wählen.

II. Das alte und das neue Industriegebiet

Wie man aber auch die Frage der Schuld an der Entstehung des Krieges beurteilen mag, das jedenfalls steht fest, daß die Regelung, die die Ersetzung der Kriegsschäden durch den Vertrag von Versailles und die dazu beschlossenen Ausfuhrungsverträge gefunden hat, mit Klugheit nur sehr wenig zu tun hat. In dem neuesten Vertrag, dem von London, ist denn auch wenigstens die Unklugheit der bisherigen Regelung praktisch anerkannt worden. So sehr man aber auch vom deutschen Standpunkt aus für die Annahme dieses Vertrags durch Deutschland eintreten mußte und so klar man in ihm eine Verbesserung der Verhältnisse erkennen muß, so offenkundig ist doch, daß der Versailler Vertrag auch in der Form, die er durch das Londoner Abkommen gewinnt, von einer verständigere Regelung, d. h. von einer solchen, die die Gebote der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit nicht mißachtet, immer noch sehr weit entfernt ist. Das tritt schon darin zutage, daß der Londoner Vertrag selbst die Möglichkeit vorzieht, daß er sich als undurchführbar erweist, und für diesen Fall wenigstens einen Weg zu weiteren Herabsetzungen der Reparationslast eröffnet. Das wird aber noch viel klarer, wenn man sich die weltwirtschaftliche Lage einmal vor Augen führt, innerhalb deren das Dawes-Abkommen ausgeführt werden soll. Sie sei deshalb zunächst mit einigen groben Strichen skizziert, weil nur dadurch die ferneren Aufgaben und Möglichkeiten einer verständigen Weltwirtschaftspolitik Deutschlands und des deutschen Proletariats sich erkennen lassen.

Die letzten zehn Jahre haben wirtschaftlich die ganze Welt umgeschaffen. Es sind Kräfte am Werke gewesen, die zum Teil schon vorher gewirkt haben und ihre Wirkung nun fortsetzen, die zum Teil aber auch in ganz anderer Richtung und Stärke gewirkt haben und noch wirken. Im großen und ganzen kann man sagen, daß dadurch jene Änderung in der internationalen Verteilung des Reichtums, wie sie sich schon vor dem Kriege deutlich abzeichnete und z. B. im Jahre 1909 in dem Buche unseres damaligen Genossen Gerhard Hildebrand: „Die Erschütterung der Industriebherrschaft und des Industrie-Sozialismus“ (Jena, Gustav Fischer) mit wahren Prophetenblick erkannt und vergeblich verkündet wurde, durch die Ereignisse der letzten zehn Jahre außerordentlich beschleunigt worden ist.

Vor dem Kriege beschränkte sich die industrielle Produktion im allgemeinen auf Europa (mit Ausnahme des fast industriellosen Rußland) und auf die Vereinigten Staaten von Amerika, wobei die Vereinigten Staaten, wiewohl noch hinter Europa zurückgeblieben, doch bereits als in stürmischem Aufstieg begriffen erkennbar waren. Diese Gebiete, die wir weiterhin der Kürze wegen das „alte Industriegebiet“ nennen wollen, haben nicht nur ihre eigene, außerordentlich dicht zusammengeballte Bevölkerung mit industriellen Erzeugnissen versorgt, sondern auch den Bedarf der übrigen Welt an diesen Erzeugnissen gedeckt. Zwar waren auch damals schon anderweitig neue Ansätze zu industrieller Entwicklung erkennbar; im großen und ganzen handelte es sich aber eben erst um verhältnismäßig schwache Ansätze.

Vor dem Kriege gab es auf der Welt ungefähr eineinhalb Milliarden Menschen. Ihr Bedarf an industriellen Erzeugnissen wurde durch die Industrie des alten Industriegebietes mit ungefähr 300 Millionen Menschen in Europa und vielleicht 70 Millionen Menschen im Osten und an der Westküste der Vereinigten Staaten hervorgebracht. Dieses Viertel der Bevölkerung der Welt versorgte die übrige Welt mit Industrieerzeugnissen und ließ sie sich zum Teil in Rohstoffen, zum anderen Teile

in großen Tributen an Geld und Kapitalien bezahlen. Drei Viertel der Menschheit waren an dieses Viertel verschuldet und verschuldeten sich immer mehr an es, und innerhalb dieses Viertels wieder waren die Amerikaner im allgemeinen Schuldner der Europäer.

Der Krieg schuf insofern eine vollkommen neue Wirtschaftslage in der Welt, als er das alte Industriegebiet in zwei feindliche Lager trennte. Deutschland und Österreich-Ungarn bildeten das eine Lager, England, Frankreich, Italien und späterhin die Vereinigten Staaten von Amerika das andere. Eine Reihe kleiner, aber wichtiger Industrieländer blieb neutral, andere Länder wurden aus der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft so gut wie ganz ausgeschlossen. Zu ihnen gehört namentlich Rußland, das den Anschluß an die übrige Wirtschaft der Welt auch heute noch nicht wiedergesunden hat. Die industriellen Kräfte der beiden kriegsführenden Lager waren in erster Linie für die Beschaffung des eigenen Bedarfs an Kriegsmitteln im weitesten Sinne festgelegt. Ungefähr zehn Millionen Industrie-arbeitskräfte mußten aus der Industriearbeit ganz ausscheiden, weil sie für den direkten Seeresdienst festgelegt wurden, und mindestens doppelt soviel Industrie-arbeiter in Europa und Amerika haben von 1914 bis 1918 vorwiegend Kriegsgerät hergestellt. Was in den europäischen Ländern an industriellen Arbeitskräften vorhanden war, war damit im wesentlichen erschöpft. Die übrige Welt konnte mit industriellen Erzeugnissen nur entweder durch den noch freigebliebenen Teil der Industrie der Vereinigten Staaten oder aber durch eigene, erst zu schaffende industrielle Hilfskräfte versorgt werden. In dieser Lage hat man sich natürlich überall draußen im Verbrauch industrieller Erzeugnisse größte Einschränkungen auferlegt. Auf der anderen Seite aber hat diese Lage einen ungeheuer starken Ansporn zur Schaffung neuer, leistungsfähiger Industrien abgegeben, und das Kriegsende sah die Welt in einer völlig anderen Lage. Um es mit einem Wort zu sagen: Die Industrievorherrschaft Europas ist zu Ende. Seine industriellen Produktionskräfte haben durch den Krieg selbst schwer gelitten. Seine Bergwerke sind zum Teil zerstört, zum Teil dem Raubbau unterworfen worden. Seine Fabriken sind zum Teil zerstört, zum Teil abgenutzt, zum Teil auf Kriegsarbeit umgestellt worden, und als Ersatz dafür haben sich draußen in der Welt neue Industriezentren gebildet. Die Vereinigten Staaten, die ja den größten Teil der Baumwolle der Welt erzeugen, haben vor dem Kriege den größten Teil dieser Baumwolle ausgeführt und die daraus hergestellten Gespinste und Gewebe wieder eingeführt, um ihren Kleidungsbedarf zu decken. Ebenso war es mit Wolle und Seide-Geweben. Während des Krieges aber hat sich in den Vereinigten Staaten eine gewaltige Textilindustrie entwickelt, die nicht nur bestimmt ist, den Bedarf des Landes an solchen Fabrikaten im wesentlichen zu decken, sondern darüber hinaus auch die während des Krieges von Europa aus nicht versorgten überseeischen Textilmärkte mit ihren Produkten zum größten Teil zu versorgen. Ebenso ist es mit den schweren Industrien. Roheisen, Halbzeug, Schienen, Träger, Maschinen, Lokomotiven, Waggons und Schiffe bezog die Welt vor dem Kriege im wesentlichen aus Europa; während des Krieges hat sie angefangen und sich gewöhnt, sie aus den Vereinigten Staaten zu beziehen oder sie selbst zu erzeugen.

Wenn man die wichtigsten Wirtschaftsgebiete durchmustert, so sieht man, daß in allen diesen Ländern ungeheure industrielle Fortschritte gemacht worden sind. Canada, Mexiko, Brasilien, Argentinien, Südafrika, Australien, Neuseeland, Indien, China und Japan erzeugen jetzt einen großen Teil ihres Bedarfs an Kohle, Erzen, Eisen und Erzeugnissen der Eisenindustrie selbst. Sie haben einen Teil ihrer gewaltigen Wasserkräfte in Fesseln geschlagen und gezwungen, elektrischen Strom zu liefern, und ähnlich sind sie heute in keiner Weise mehr genötigt, zur Deckung ihres Bedarfs an Chemikalien, Farben, Kunstdünger, Kraftfutter usw. noch auf die industrielle Erzeugungskraft des alten Industriegebietes in Europa zurückzugreifen.

Einige Zahlen mögen diese Größe der überseeischen Rohstoffmacht und industriellen Entwicklung etwas heller beleuchten.

Im Jahre 1923 hat die Erzeugung der Welt an Gummireifen für Kraftfahrzeuge 54 1/2 Millionen Stück betragen; davon entfielen auf die Vereinigten Staaten 46 Millionen Stück (84 Prozent), auf Deutschland 700 000 Stück; trotzdem führte Deutschland von seiner Erzeugung 36 Prozent aus, die Vereinigten Staaten dagegen nur 3 Prozent.

Die Kapitalbildung in den Vereinigten Staaten ist so stark im Gange, daß allein die Spareinlagen der Nationalbanken und Trust Companies im Jahre 1923 um eine halbe Milliarde Dollar gestiegen sind, obwohl die Vereinigten Staaten in Massen Kapital im Ausland anlegten und obwohl die Farmenkrise, die bisher 600 000 Farmer bankrott gemacht hat, natürlich an den Spareinlagen der Landwirtschaft außerordentlich stark gezeihrt hat. Im ganzen errechnet sich, an den Ergebnissen der ersten vier Monate gemessen, die Kapitalbildung der Vereinigten Staaten im Jahre 1924 auf wahrscheinlich 10 Milliarden Goldmark.

Mexikos Ausfuhrüberschuß betrug im Jahre 1922 trotz der Nachwirkungen eines Jahrzehntes Bürgerkrieg 561 Millionen Goldpesos (1,1 Milliarde G.-M.).

Deutschlands Kapitalbildung, soweit sie in Aktiengesellschaften zum Ausdruck kam, machte im ersten Halbjahr 1924 nur 280 Millionen G.-M. aus. Rechnet man für das ganze Jahr für alle Arten von Kapitalbildung in Deutschland das Vierfache, so kommt man auf 1,1 Milliarden, d. h. die Hälfte dessen, was der Zuwachs allein der Sparguthaben in den Vereinigten Staaten im vorigen Jahre ausmachte.

Der Goldbestand der Vereinigten Staaten betrug Anfang Juni 1924: 13,2 Milliarden G.-M., derjenige Deutschlands, Frankreichs und Englands zusammen etwa 7 Milliarden.

Die amerikanische Automobilindustrie erzeugte im Jahre 1923 nicht weniger als 4,2 Millionen Stück Automobile aller Art. An Automobilsteuern wurden im letzten Jahr dort von der Bundesregierung 660 Millionen G.-M. eingenommen. Von der Produktion wurde nur ein kleiner Bruchteil, nämlich 329 000 Stück, ausgeführt.

Die Welterzeugung an Zink betrug 1913: 981 000 Tonnen, 1923: 864 000 Tonnen. 1913 kam noch nicht ein Drittel davon, nämlich 315 000 Tonnen, aus den Vereinigten Staaten, dagegen 1923 mehr als die Hälfte, nämlich 470 000 Tonnen.

Von der Welterzeugung an Seide, die im Jahre 1923 den Betrag von 30 300 Tonnen erreichte, kamen aus China und Japan 24 300 Tonnen, d. h. 80 Prozent der Gesamtmenge.

Von der Baumwollernte der Welt wurde im Jahre 1923 der größte Teil mit 6,3 Millionen Ballen von den Vereinigten Staaten verbraucht; rechnet man dazu nur den Verbrauch von Britisch Indien und Japan, so stehen 10,3 Millionen Ballen einem Verbrauch in den vier wichtigsten europäischen Ländern der Baumwollindustrie England, Deutschland, Frankreich und Italien von 5,6 Millionen Ballen gegenüber.

In der Saison 1923/24 hat Europa 100 Millionen Zentner Rübenzucker erzeugt (wovon ein, allerdings geringer, Teil noch auf Rußland entfällt), Amerika erzeugte 134 Millionen Zentner Rohrzucker und 16 Millionen Zentner Rübenzucker, Afrika 12 Millionen Zentner, Australien 6 und Asien 116 Millionen Zentner Rohrzucker. Den 100 Millionen europäischer Erzeugung stehen also 284 Millionen außereuropäischer Erzeugung von Zucker gegenüber.

Mit dieser bunten Aufzählung mag es genug sein; sie zeigt die Richtung, in der die Dinge sich entwickeln, deutlich genug.

Zwei Gebiete haben dabei die Kapitalsbeschaffung für diese Entwicklung hauptsächlich auf sich genommen. Das amerikanische Festland hat ungeheure Schulden bei den Vereinigten Staaten von Amerika gemacht, um die erforderlichen Produktionsanlagen schaffen zu können, und die asiatische Welt rund um den Stillen Ozean herum hat diese Kapitalien teils aus den Vereinigten Staaten, teils aus Japan beschafft, aber auch zum großen Teil aus dem Ertrage seiner eigenen Volkswirtschaft solche Kapitalien gebildet.

Das war um so leichter möglich, als die Produktion, die diese Länder bis dahin schon zu erzeugen pflegten, außerordentlich hohe Erträge abwarfen. Diese Länder, namentlich Canada und der Süden Südamerikas, Südafrika, Australien, China und Indien, waren Länder landwirtschaftlicher Überschussproduktion schon vor dem Kriege. Getreide, Wolle, Kautschuk, daneben aber auch die Erze der seltenen Metalle usw., alles das kam schon damals vorwiegend von dort. Während des Krieges wurden diese Dinge in Europa nötiger als je gebraucht. Das einzige große Rohstoffgebiet Europas selbst, nämlich Rußland, schied aus der Versorgung der europäischen Länder infolge des Krieges aus. Der Tauchbootkrieg mit seinen zahlreichen Versenkungen von Frachtschiffen und mit seiner Verlangsamung des Absenderverkehrs, sowie die Festlegung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte Englands, Frankreichs und Italiens für den Heeresdienst und schließlich auch die mit dem Kriegsführen unvermeidlich verbundene Verschwendung wirtschaftlicher Güter aller Art

führten zu einem enormen Mangel Europas an allen diesen Rohstoffen. Die Folge war, daß diese Rohstoffe und Nahrungsmittel außerordentlich im Preise stiegen und daß die kriegsführenden Nationen für sie ungeahnte Summen an die Rohstoffe produzierenden Länder abzuführen genötigt waren. Dadurch haben diese Länder nicht nur im internationalen Verkehr ihre Schulden abgestoßen, sondern sie sind zum guten Teil noch Gläubiger der europäischen Staaten geworden.

III. Gläubiger- und Schuldnerstaaten in der Weltwirtschaft

Das Ergebnis von alledem ist, daß Europa heute nicht mehr der Gläubiger, sondern der Schuldner der Welt ist. Man kann in dieser Beziehung folgende Gruppen unterscheiden:

Die erste Gruppe ist diejenige der Länder, die nur Schuldner sind. Das sind die Länder, denen im Verträge von Versailles und den entsprechenden anderen Verträgen die Verpflichtung zur Deckung der Kriegslasten auferlegt worden ist: Deutschland und seine Verbündeten (soweit sie noch existieren). Deutschland ist nach den augenblicklich geltenden Verträgen mit 132 Milliarden Goldmark staatlich an die Entente verschuldet, wozu noch eine Anzahl Milliarden Goldmark privatwirtschaftlicher Schulden zu rechnen ist.

Die zweite Gruppe besteht aus Ländern, die zu den Siegerstaaten gehören: Frankreich, Italien, Belgien, Serbien usw. Sie sind mit hohen Beträgen in erster Linie an England und die Vereinigten Staaten, in zweiter Linie an die neutral gebliebenen Länder verschuldet. Wenn diese Länder eine Bilanz ihres Vermögens aufstellen, so schneiden sie freilich anscheinend ganz gut ab, denn diesen sehr hohen Schulden, die sie, wenigstens zunächst, weder zu verzinsen noch zu tilgen gedenken, stehen enorme Forderungen an die besiegten Staaten gegenüber. Aber wie so manche Bilanz ist auch diese ein schöner Schein; denn es ist heute klar, daß die Entschädigungsforderungen an Österreich, Bulgarien und die Türkei absolut uneinbringlich sind, und daß von den Forderungen an Deutschland kaum der kleinere Teil eingebracht werden kann. Der Dawes-Vertrag läßt von den 132 Milliarden Goldmark deutscher Schulden an die Alliierten 80 Milliarden (die sogenannte „weite Serie“) ohne weiteres stillschweigend unter den Tisch fallen, und von den 52 Milliarden erster Serie scheint er vorauszu sehen, daß sie jedenfalls nur zu einem Teile wirklich bezahlt werden können. Die vom Dawes-Plan vorgesehene Höchstzahlung Deutschlands würde nicht einmal ausreichen, um diese 52 Milliarden mit 5 Prozent zu verzinsen, geschweige denn sie, wenn auch nur ganz langsam, zu tilgen. Es steht vielmehr fest, daß bei 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung das als einbringlich zu bezeichnende Schuldkapital Deutschlands auf höchstens 35 Milliarden Goldmark bemessen werden darf. Aber auch dieser Betrag ist wahrscheinlich noch zu hoch. Die Schwierigkeit, Deutschlands Zahlungen in deutschem Gelde in eine Form zu bringen, die sie für das Ausland verwendbar macht, wird vermutlich dazu nötigen, auf die Dauer diese Zahlungen weiter herunterzusetzen.

Wenn auf die Dauer Deutschland jährlich 1,8 Milliarden wirklich bezahlt, so wird das schon außerordentlich viel sein. Das würde aber (bei 1 Prozent Tilgung und 5 Prozent Verzinsung) einen wirklichen Höchstwert der deutschen Schuld („im glücklichsten Fall“) von 30 Milliarden bedeuten. Wenn man diese Summe nach dem Verteilungsschlüssel in die Bilanzen Frankreichs, Italiens, Belgiens, Serbiens usw. einsetzt, so ergibt sich, daß deren Staatsschulden an England, die Vereinigten Staaten und die Neutralen sehr viel höher sind als die zu erwartenden deutschen Erstattungen. Frankreich schuldet als Staat an die Vereinigten Staaten allein 16 Milliarden G.-M., Belgien 1,8 Milliarden, Italien 8 Milliarden, Serbien ¼ Milliarde. Dies sind zusammen also schon über 26 Milliarden G.-M.: Das sind Schulden, die durch den Anteil dieser Staaten an der deutschen Schuld nicht gedeckt werden können; mindestens die Hälfte davon werden die genannten Länder entweder aus eigenen Mitteln bezahlen oder schuldig bleiben müssen.

Die dritte Gruppe von Staaten, die hier zu nennen ist, ist die Gruppe der Siegerstaaten, bei denen Schulden und Forderungen sich ungefähr im

Gleichgewicht halten. Zu ihnen gehört heute wohl England. Dabei ist aber zu bemerken, daß England seine Schulden an die Vereinigten Staaten voll verzinsen und tilgen muß, während vollkommen dahinsteht, ob seine Schuldner ihm gegenüber ebenso ihre Pflicht tun werden. An sich hat (buchmäßig betrachtet) England wahrscheinlich sogar einen Überschuß der Forderungen über die Schulden aufzuweisen; diese Verhältnisse aber nötigen zu der Annahme, daß praktisch wohl nur ein Gleichgewicht von Schulden und Forderungen besteht.

Die vierte Gruppe bilden die Gläubiger-Staaten. Mag auch zweifelhaft erscheinen, wie weit es ihnen gelingt, ihre Forderungen wirklich hereinzubringen, jedenfalls werden sie es ihnen ermöglichen, ihre Schuldner dauernd unter Druck zu halten und ihnen in die Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik nachdrücklich dreinzureden. Charakteristisch dafür sind die Vorgänge bei dem letzten Eingriff der amerikanischen Kapitalisten zur Stützung der französischen Valuta. Das Bankhaus Morgan in Newyork hat bekanntlich zu diesem Zweck 100 Millionen Dollar als Darlehen der französischen Regierung zur Verfügung gestellt. Dafür muß Frankreich nicht nur hohe Zinsen bezahlen, sondern es hat als Sicherheit den vollen Gegenwert dieses Darlehens in Gold aus den Beständen der Bank von Frankreich verpfänden müssen, und außerdem hat, soweit sich das nach dem vorliegenden Nachrichtenmaterial übersehen läßt, die Regierung Poincarés für sich und ihre Nachfolger gegenüber den amerikanischen Bankiers Verpflichtungen hinsichtlich der Gestaltung des französischen Staatshaushalts übernommen, die Frankreich Bindungen auferlegen, die nicht viel weniger weit gehen als das, was in dieser Beziehung das Dawes-Gutachten für Deutschland vorgesehen hat. Eine solche ökonomische Machtposition der Gläubigerstaaten gegenüber den Schuldnerstaaten ist natürlich geeignet, den Grundstein für ein dauerndes internationales Ausbeutungsverhältnis abzugeben.

IV. Die Herausbildung großer Weltwirtschaftsgebiete

Nicht nur das Verhältnis von Gläubigern und Schuldnern in der Weltwirtschaft hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre umgekehrt. Das wäre für uns Europäer schließlich noch zu verschmerzen, denn eine produktive Volkswirtschaft kann auch schweren Vermögensschaden, den sie erlitten hat, durch Arbeit und Sparsamkeit verhältnismäßig leicht ausgleichen. Die wirkliche Schwierigkeit liegt darin, daß gerade eine der Grundlagen europäischer Wirtschaftsprодукtivität innerhalb der letzten Jahre dahingeschwunden ist. Das „alte Industriegebiet“ hatte im wesentlichen das Monopol industrieller Produktion. Dieses Monopol war ursprünglich begründet durch den schnelleren Gang der Wirtschaftsentwicklung in Europa und den Vereinigten Staaten im Vergleich zur übrigen Welt; es wurde aufrechterhalten zum Teil durch politische Gewalt, zum Teil durch die Schuldner-Abhängigkeit der anderen Gebiete vom „alten Industriegebiet“. Daß dieses Monopol einmal ein Ende finden mußte, war jedem klar, der die Tatsachen nüchtern abwog, der die ungeheure Ausstattung des bisher nichtindustriellen Gebietes mit Kohle, Erzen und pflanzlichen Rohstoffen kannte und sich von der leeren Phrase, daß der Farbigte zu industrieller Arbeit untauglich sei, nicht betören ließ. Immerhin aber schien die Entwicklung, die auf eine Beseitigung dieses Monopols hinwirkte, sehr langsam vor sich zu gehen, und man konnte Prophezeiungen darüber ungefähr so einschätzen wie die besorgten Warnungen gewisser Gelehrter, daß die Kohlenvorräte der Welt bei gleichbleibendem Verbrauch in 2000 Jahren erschöpft oder die Temperatur des Erdballes in 30 000 Jahren derartig gesunken sein würde, daß in Deutschland kein Weizen, sondern nur noch Roggen wachsen würde; woran dann diese Gelehrten (begreiflicherweise erfolglos) mit beträchtlich gerunzelter Stirn die Mahnung knüpften, es müsse rechtzeitig etwas geschehen, um derartig katastrophale Entwicklungen abzuwenden. So, wie man sich den Kopf in 30 000 Jahren lebenden Menschen trotz dieses Stirnrunzels nicht zerbrach, so nahm man auch in Europa die Prophezeiung von dem nahen Zusammenbruch der europäischen Industriebherrschaft nicht schwer, sondern empfand sehr stark das Scherzhafte, das man in solchen Warnungen zu finden glaubte.

Heute ist das alles anders geworden. Heute steht die Tatsache fest, daß für die Industrie des europäischen Anteils des „alten Industriegebietes“ große Teile der Welt aus dem früheren Absatzgebiet ausgeschieden sind. Charakteristisch dafür ist die Entwicklung der Verhältnisse in Amerika. In der Wirtschaftsumschau der „kommunalen Mitteilungen“ (Hannover) vom 2. Juli habe ich die Zahlen für den Außenhandelsverkehr des spanischen und portugiesischen Amerika mitgeteilt. Daraus geht hervor, daß im Jahre 1922 die nördliche Gruppe dieser 20 amerikanischen Staaten in sich oder mit den übrigen Gebieten Amerikas einen Handel hatte, der 80 Prozent der gesamten Außenhandels dieser Gebiete überstieg*; in der südlichen Gruppe war es allerdings weniger, immerhin aber ging auch von der Ausfuhr dieser Staaten 1922 bereits ungefähr die Hälfte nach amerikanischen Absatzgebieten, und ebenso kam die Hälfte der Einfuhr der Staaten dieser Gruppe aus dem übrigen Amerika.

Wie die Verhältnisse sich verschoben haben, dafür mögen einige wenige Beispiele über die Entwicklung der Dinge im Britischen Reich angeführt werden. In Canada war die Anzahl der industriellen Unternehmungen 1919 doppelt so groß wie 1915, und trotz der Einziehungen zum Kriegsdienst war die Arbeiterzahl von 497 000 auf 682 000 gestiegen. Die canadische Stahlerzeugung betrug 1914: ^{8/10}, 1918 schon 1,7 Millionen Tonnen, was eine Zunahme um 125 Prozent bedeutet. Im einzelnen ergibt die Betrachtung für Canada folgendes:

Canada ist, abgesehen von Britisch Indien, der wichtigste und sicherlich der ökonomisch am weitesten entwickelte Teil des Britischen Reichs. Bis zum Kriege war Canada selbstverständlich in der Hauptsache ein Gebiet englischer Kapitalanlagen. Im Jahre 1918 legten die englischen Kapitalisten 47 Millionen Pfund Sterling in Canada an, in den ersten sechs Monaten des Jahres 1914 waren es 37 Millionen Pfund. C. S. Hobson berechnet, daß bis einschließlich 1913 die britischen Kapitalisten 515 Millionen Pfund Sterling in Canada angelegt gehabt hätten, 368 Millionen in Indien und Ceylon, 370 Millionen in Südafrika. Zum Vergleich führt er auch an, daß damals die englischen Kapitalanlagen in den Vereinigten Staaten 754 und in Argentinien 319 Millionen Pfund ausmachten. An der Kapitalversorgung Canadas beteiligten sich die Vereinigten Staaten vor dem Kriege als ein selbst von der Zufuhr auswärtigen Kapitals noch nicht ganz unabhängiges und an das Ausland in großem Ausmaße verschuldetes Gebiet nur verhältnismäßig wenig. Nach dem „Monetary Times Annual“ zitiert Scott Nearing in der Newyorker „Nation“ vom 16. April, daß die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten in Canada im Jahre 1913 erst 150 Millionen Pfund, also bei Kriegsausbruch nur ungefähr ein Viertel der dortigen englischen Kapitalanlagen ausgemacht hätten. Allerdings bestand schon damals eine nicht unbeträchtliche Verknüpfung Canadas mit den Vereinigten Staaten. Von der Ausfuhr Canadas im Werte von 413 Millionen Dollar ging 1913 zwar noch mehr als die Hälfte, nämlich Güter im Werte von 215 Millionen Dollar, nach Großbritannien und Irland, aber immerhin doch schon für 163 Millionen Dollar nach den Vereinigten Staaten, von der Einfuhr dieses Jahres im Werte von 618 Millionen kamen sogar beinahe zwei Drittel (für 395 Millionen) aus den Vereinigten Staaten und nur für 132 Millionen von den britischen Inseln. Nearing resumiert die Lage in folgendem Satz: „Sein Kapital ließ Canada in Großbritannien und benutzte das Geld zur Beschaffung der Güter, die es in den Vereinigten Staaten kaufte.“

Der Krieg brachte für die Kolonialgebiete der Welt, und damit auch für Canada, eine gewaltige Steigerung der Nachfrage nach ihren Erzeugnissen. Die Ausfuhr stieg bis 1917 auf 1,2 Milliarden Dollar. Hand in Hand damit ging eine riesige Neubildung von Industrien. Während 1915 das in den canadischen Industrien angelegte Kapital erst 2 Milliarden Dollar betrug, machte es 1917 schon 3,23 Milliarden aus. Eine ähnliche Entwicklung erlebten Bergbau, Wasserkraftausnutzung und Verkehrsmittel. Die dazu erforderlichen neuen Kapitalien konnte Canada nur zu bescheidenem Teil selbst aufbringen, aus dem Mutterlande waren sie ebenfalls kaum zu haben. Daher nahm ganz von selbst die Wirtschaft der Ver-

* Der Handel mit Canada und den anderen europäischen Kolonien in Amerika muß zu dem in der Nummer vom 2. Juli eingesehten Betrag noch hinzugenommen werden; dann ergeben sich die hier angeführten Zahlen.

einigen Staaten das frei gewordene Feld für sich in Anspruch. Nach Ingalls betrug im Jahre 1920 die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten in Canada dreimal soviel wie 1914, nämlich 450 Millionen Pfund Sterling. Davon stammten aus den Jahren 1919 und 1920 allein 150 Millionen. Im einzelnen gibt Rearing über die Verteilung an den Kapitalien der wichtigsten Industrien in Canada für 1919 nach einem Bericht des canadischen Statistischen Amtes folgende Zahlen an:

Von der Holzindustrie mit 126 Millionen Dollar Kapital waren 61 Prozent canadisch, 27 Prozent nordamerikanisch und 11 Prozent britisch, von der Holzschiff- und Papierindustrie 68 Prozent canadisch, 24 Prozent nordamerikanisch und 4 Prozent britisch, von dem Kapital der Industrie landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte 58 Prozent canadisch, 31 Prozent amerikanisch und 10 Prozent britisch, von der Baumwollverarbeitung 89 Prozent canadisch, 5 Prozent nordamerikanisch und 6 Prozent britisch, vom Baugewerbe 57 Prozent canadisch, 41 Prozent nordamerikanisch und 0,2 Prozent britisch, von den Eisengießereien 70 Prozent canadisch, 21 Prozent nordamerikanisch und 8 Prozent britisch. Diese Zahlen zeigen, daß das Mutterland jetzt die Kapitalherrschaft in Canada verloren hat. Die Kapitalbildung in Canada ist also heute amerikanisches Gewächs, Europa ist aus der Kapitalversorgung Canadas so ziemlich ganz ausgeschieden.

Das Aufhören der Kriegskonjunktur brachte auch für die canadische Industrie ein Zusammenklappen. Im Jahre 1920 kamen viele große Unternehmungen unter den Hammer oder wurden sonst unfreiwillig veräußert. Sie fielen meistens den Kapitalisten der Vereinigten Staaten anheim, da diese im Gegensatz zu den Engländern imstande waren, die im ganzen noch verhältnismäßig hohen Übernahme-kapitalien aufzubringen. Nach einer Schätzung des „American Economist“ waren im Jahre 1918 von allen canadischen Wertpapieren erst 34 Prozent, im Jahre 1922 dagegen schon 60 Prozent Eigentum von Kapitalisten der Vereinigten Staaten.

Ähnlich liegen die Dinge in Australien. Von 1914 bis 1921 stieg z. B. die Zahl der Arbeiter in der Textil-Industrie von 3300 auf 5800, in den Schuhfabriken von 13000 auf 17000. Britisch-Indiens Produktion an Baumwollwaren wog 1913 nur 4,2, 1917 schon 9,7 Millionen englische Pfund. Seine Lederfabriken und Gerbereien beschäftigten 1913 erst 7800, hingegen 1917 bereits 27800 Arbeiter. Englands Gewebeausfuhr nach Indien, die vor dem Kriege 3 Millionen Yards betragen hat, machte nach dem Kriege nur 1 Million Yards aus. Dagegen produzierte Indien vor dem Kriege nur 28 Prozent seines Verbrauchs an Baumwollzeug, jetzt nach dem Kriege dagegen bereits 61 Prozent.

Die südafrikanischen Fabriken produzierten 1915 in 4000 Betrieben Waren im Werte von 40 Millionen Pfund Sterling. 1920 waren es 7000 Betriebe, deren Produkt 98 Millionen Pfund Sterling wert war.

Wie diese Stichproben die Verhältnisse für das Britische Reich zeigen, so liegen sie im Prinzip für fast die ganze außereuropäische Welt. Außerhalb Europas beginnen sich nach geographischen Verhältnissen große Wirtschaftskomplexe abzugrenzen, die voneinander und von Europa relativ wenig beziehen und bei denen der Außenhandel der Teilgebiete jedes derartigen Wirtschaftsgebietes in der Hauptsache nur innerhalb dieses Wirtschaftsgebietes entwickelt ist. Amerika ist eins dieser Gebiete; ein anderes sind die Länder, die den Indischen Ozean und das Chinesische Meer umlagern. Die Ostgebiete Afrikas, Britisch Indien, China, Japan, Australien und die von diesen Gebieten eingeschlossenen europäischen Inselkolonien stellen dieses zweite Weltwirtschaftsreich dar. In diesem Reich ist vorläufig Japan das eigentlich beherrschende Industriezentrum. Aber in Australien, in China und in Indien wachsen mit außerordentlicher Geschwindigkeit neue, das japanische ergänzende Industriezentren heran. Wenn heute Britisch Indien und Japan in der Reihe der Baumwolle verarbeitenden Länder der Spindelzahl nach bereits an fünfter und sechster, ja, sefern man die verbrauchte Baumwollmenge zugrunde legt, bereits an dritter und vierter Stelle unter allen Ländern der Welt stehen, so zeigt das, daß dieses Gebiet beginnt, sich in der Textilindustrie unabhängig zu machen und zum Selbstversorger zu werden. Ähnliches gilt für viele andere Produktionszweige.

Ein drittes Gebiet, das sich immer deutlicher abzuheben beginnt, ist das Russische Reich. Rußlands Wirtschaft einschließlich ihres gewaltigen asiatischen Entwicklungsraumes hat sich in den letzten zehn Jahren ganz darauf einstellen müssen, ihren Bedarf an Wirtschaftsgütern aller Art selbst zu decken. Wie man weiß, ist ihr das nur in beschränktem Maße gelungen. Im großen und ganzen aber hat die russische Volkswirtschaft sich doch so entwickelt, daß äußerste Sparsam-

keit dem Mangel an Produktion hilfreich zur Seite getreten ist. Genau wie das amerikanische und das östliche Wirtschaftsreich besitzt Rußland mineralische, tierische und pflanzliche Rohstoffe oder die Möglichkeiten zu ihrer Produktion sowie Wasserkraft in ungeheurem Maß. Es ist nur eine Frage der Zeit und des Tempos der politischen Entwicklung, bis wann auch hier eine sich reichlich selbst versorgende Volkswirtschaft auf großer Stufenleiter sich entfaltet.

Was wird aber bei alledem aus dem britischen Mutterlande, wie gestalten sich unter diesen Verhältnissen die wirtschaftlichen Existenzbedingungen Europas, und welche Aufgaben für die europäische Wirtschaftspolitik ergeben sich hieraus?

V. Und das Britische Reich?

Das Britische Reich ist ein Geschöpf der Macht. Nicht ökonomische Zusammengehörigkeit ist der Kitt, der die Stücke verbindet, sondern ein politisch-militärischer Apparat, der manchmal in seiner Wirksamkeit auf dem europäischen Festland unterschätzt wird, weil er es versteht, leiser zu treten als andere Machtpolitik, die gern in Kürassierliefeln dröhnend einherschreitet. Daß dieses Machtgebilde zustande kommen konnte, war freilich Ausdruck ökonomischer Kraftverteilung. England war durch die kluge und rücksichtslose Politik der Tudors und Stuarts, des Republikaners Cromwell und des Thronräubers Wilhelm III. Europas führender Industrie- und Schifffahrtsstaat geworden, und seine geographische Lage wies es über See und deckte ihm gegen europäische Händel den Rücken. So konnte es jenes Riesenwerk vollbringen, das erst in der Erwerbung deutscher und türkischer Gebiete in Afrika, Asien und Australien seinen Abschluß gefunden hat.

Die Machtverhältnisse kehren sich aber leicht um, wenn die ökonomische Kraftverteilung wechselt. Der Siebenjährige Krieg, der den Briten in Canada und Indien und am Mississippi neue Reiche erschloß, hatte die ökonomische Kraft des Britischen Reiches geschwächt, seine Kolonien in Amerika aber gestärkt und natürlich auch selbstbewußt gemacht. So ist es denn kein Wunder, daß, als ungeschickte Behandlung dieses neue und von breitem bürgerlichem Wohlstand untermauerte Selbstbewußtsein kränkte, die Gebiete im mittleren Nordamerika sich losrissen und ein eigenes Reich bildeten, das später einmal, zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, in aller Form gegen England Krieg geführt hat und, Venezuela wegen, zu Ende desselben Jahrhunderts unmittelbar vor einem Kriege mit England stand.

Seit 1783 haben die Engländer gelernt, mächtig, reich und selbstbewußt werdende Teile des Reiches geschickter zu behandeln, sie nicht zu provozieren, sondern ihnen in der Form der politischen Organisation Zugeständnisse zu machen. Wie weit diese Nachgiebigkeit, diese Fähigkeit zur Selbstüberwindung geht, zeigt die Einigung mit dem katholischen Teil Irlands, der, vor dem Ozeanstor Englands gelegen, dennoch die gleiche Selbstständigkeit zugesprochen erhalten hat wie die anderen Selbstverwaltungsgebiete des Britischen Reiches, bei denen das Wort „Selbstverwaltung“ keineswegs eine Attrappe ist, sondern wirklich, namentlich auf wirtschaftspolitischem Gebiet, etwas zu bedeuten hat. Infolge dieser Nachgiebigkeit wird es wahrscheinlich noch auf ziemlich lange Zeit hinaus nicht zu einer Zerspaltung des politischen Verbandes des Britischen Reiches kommen, ebenso wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, weil die Kaiser von ihren Rechten mit äußerstem Taktgefühl keinen Gebrauch machten, sein Dasein anderthalb Jahrhunderte nach dem Westfälischen Frieden noch dahinzuschleppen vermochte, bis Napoleon von außen her das morsche Gemäuer zusammenschlug. Aber so wenig diese politische Einheit des alten Reiches in Deutschland wirtschaftliche Einheit bedeutet hat, so wenig bedeutet heute noch das Bestehen des politischen britischen Reichsverbandes und der gelegentlich unter dekorativen Begleitererscheinungen wiederholte Treueid gegen den könig wirtschaftliche Reichseinheit. Alle Versuche dazu, sie wiederherzustellen, die in den letzten zwei Jahrzehnten vorgenommen worden sind, sind vielmehr hoffnungslos gescheitert und haben zweimal die englischen Regierungen, die den Versuch unternommen haben, mit ins Grab gerissen.

Es fragt sich deshalb heute nicht mehr, ob Canada, Australien, Südafrika, Indien den Wirtschaftsgebieten, in denen sie liegen, künftig angehören werden oder nicht; sie gehören ihnen schon in so hohem Grade an, und ihre elementarsten wirtschaftlichen Interessen verweisen sie so nachdrücklich darauf, diese ihre Stellung auszubauen, daß

die politische Attrappe über das wirtschaftliche Wesen der Dinge nicht hinwegtäuschen kann. Fraglich ist nur, ob entsprechend dieser Anschauung die Britischen Inseln nun künftig wieder Europa zufallen werden oder ob die Grenze Amerikas gegen Europa durch den Armeikanal gehen wird.

Beide Möglichkeiten haben in England ihre Freunde, denn beide entsprechen gewissen sehr greifbaren Interessen der englischen Wirtschaft. Die Kulturbande ziehen heute die 50 Millionen europäischer Engländer zweifellos zu den nahezu 100 Millionen amerikanischen Engländer. Und die Gefahr, in den Zusammenbruch Europas einbezogen zu werden, wirkt ganz in derselben Richtung. Es gibt in der Tat eine sehr mächtige Gruppe von Kapitalisten und Politikern in England, die eine solche Abkehr von Europa befürworten und daraus den Angelpunkt der praktischen Politik Englands in den nächsten Jahren machen wollen. Ob diese Elemente den Sieg erringen werden, das hängt davon ab, ob die gegenwärtige Regierung Englands den Erfolg in der Politik europäischen Wiederaufbaus an ihre Fahnen zu fesseln vermag. Denn das ist sicher: wenn diesmal der Aufbau verpaßt, wenn Europa wiederum ein Herd fauliger Gärung wird, wenn Europas Menschen noch einmal wie Horden losgelassener Bestien miteinander umgehen, so wird sich England entschlossen von ihm ab- und dem «healthy», dem gedeihenden Amerika in die Arme werfen.

Das ist begreiflich. Der kramphast übersteigerte Industrialismus Europas kann nur dann gerettet werden, kann nur dann Grundlage der Existenz der in Europa zusammengewürfelten Arbeitermassen ferner noch bilden, wenn es gelingt, die verlorenen Absatzgebiete für die europäische Industrie durch neue zu ersetzen. Und hier ist nun gegen früher ein grundlegender Wandel eingetreten. Als England die Vereinigten Staaten verlor, schuf es sich Canada. Als Frankreich den Verlust Indiens und des Mississippialles erlitten, Canada verschmerzt und neues Expansionsbedürfnis angeammelt hatte, schuf es sich sein nordafrikanisches Reich, eine Großtat, deren konsequentes Fortschreiten von 1830 bis 1919 trotz aller Kriege, Niederlagen, Revolutionen, Konterrevolutionen im Mutterlande bei uns nicht recht als das erkannt wird, was sie ist: ein Schildträgerdienst an Europa. Heute ist die Welt weggegeben, der Herbst, die Jagd, der Markt ist nicht mehr unser. Auswärtige Märkte, die das Erzeugnis der europäischen industriellen Produktionskraft wirklich aufnehmen können, gibt es nicht mehr. Wenn kein neuer Markt erschlossen wird, so wird ein Teil der europäischen Menschheit abwandern oder absterben müssen, und der Rest wird Kolonialvolk, das von den Kapitalisten und Regierungen der neuen Industriestaaten ausgebeutet und beherrscht wird. Der neue Markt kann nur gefunden werden, wenn Europa ihn in sich selbst findet. Die große Tat, die mit der Schöpfung des deutschen Zollvereins geschah, die Aufhebung der wirtschaftlichen Zersplitterung unseres Vaterlandes in Einzelstaaten, die sich oft genug nicht nur mit Zöllen, sondern auch mit dem Schwert in der Hand bekämpften, muß in Europa wiederholt, die Erkenntnis muß verwirklicht werden, daß diejenige europäische Nation am besten für sich sorgt, die den anderen wirtschaftlich möglichst viel zu Hilfe kommt, und daß diejenige sich selbst emsig das Grab schaufelt, die die Zerrissenheit des europäischen Wirtschaftsgebietes in Staaten, die sich wirtschaftlich gegenseitig mutwillig schädigen, fördert, daß solches Verhalten systematischer Selbstmord ist, wenn auch vielleicht nur langsamer Selbstmord. Auch der Alkoholiker bringt sich nur langsam um, auch er verachtet sich sogar Stunden des Glücksgefühls durch seinen Rausch — bis zu dem Tage, wo er plötzlich weiße Mäule sieht.

Das Problem der Vereinigten Staaten von Europa ist nicht oder doch erst in dritter und vierter Linie ein Problem der Schaffung politischer Formänderungen in Europa. Es ist allein oder doch in erster Linie das Problem, zwischen Europas Völkern wirtschaftspolitische Verhältnisse herzustellen, die ein gemeinsames Arbeiten ermöglichen, die einen einheitlichen europäischen Markt herstellen, innerhalb dessen Kapitalmangel und Kapitalüberfluß sich ausgleichen, Kohle, Eisen, elektrischer Strom, Wasserkraft, Kali, Zinkerg usw. einheitlich ausgenutzt und Steuer- und Sozialpolitik nach einheitlichen Grundsätzen betrieben werden.

Für Europa ist diese Lage entscheidend. Denn es gibt weltgeschichtliche Fehler, die nicht wieder gut gemacht werden können, weil ihre Auswirkungen eine veränderte Welt schaffen. Als 1776 die britischen Steuereinnahmer die braven Bostoner Händler durch Schikanen dazu brachten, lieber ihren Tee ins Meer zu werfen, als sich diese Behandlung länger gefallen zu lassen, da hat man in England

auch noch lange geglaubt, die abgefallenen Kinder wieder begütigen und versöhnen zu können. Es ging nicht. Ein neuer Ausgangspunkt mußte gesucht werden. Er wurde auch gefunden, und so entstand die alte Herrlichkeit des Britischen Reiches aufs neue, in hellerem Glanze als je vorher. Wie aber soll es werden, wenn Europa diesmal den Augenblick verfehlt, die Stimme des Gebots der Stunde nicht hört? Wo ist dann der neue Ausgangspunkt, nicht einmal zu neuer Herrlichkeit, nein, auch nur zu neuer Lebensmöglichkeit? Das vermag niemand zu sagen.

VI. Die internationale Verteilung der Reichtümer

Vor dem Krieg hat Europa ungefähr ein Drittel seines Bedarfs an Lebensmitteln und zwei Drittel seines Bedarfs an Rohstoffen für die Herstellung seines Bedarfs an Kleidern und Schuhwerk aus außereuropäischen Ländern bezogen. Dieser Zustand besteht heute noch; nur daß von den „außereuropäischen“ Gebieten inzwischen Rußland in der Lieferung von Getreide, Zucker und Butter durch andere ersetzt worden ist. Früher bezahlte Europa diese Waren durch auszuführende Güter und durch die Zinsen seiner im außereuropäischen Ausland angelegten gewinnbringenden Kapitalien. Heute muß es anderes hingeben, wenn es diese Waren noch weiter einführen will. Denn nicht nur ist der Absatz für seine Ausfuhrgegenstände draußen wesentlich erschwert; nicht nur sind seine außereuropäischen Kapitalanlagen in der oben gekennzeichneten Weise zusammengeschrumpft, sondern auch ein Teil der Rohstoffe, die es früher in großem Maßstab ausführte, findet heute auf dem Weltmarkt nur in beschränkten Mengen und zu ungünstigen Preisen Unterkunft. Dazu gehören in erster Linie Kohle und Kali.

Vor dem Kriege erzeugte das alte Industriegebiet etwa vier Fünftel aller Kohle, davon der europäische Anteil die Hälfte. Wer draußen Kohle brauchte, mußte sie von Europa zu Europas Bedingungen und Preisen kaufen und dadurch Europa Tribut zahlen. Diese Machtstellung ist im Laufe der letzten zehn Jahre auf das Schwerste erschüttert und unterhöhlt worden. Europas Kohlenproduktion hat im Kriege durch Raubbau, unzureichende Aufschließungsarbeiten und das Ausfallen der Neuanlage von Schächten schweren Schaden erlitten, und soweit es seit dem Kriege diese Schäden wieder gutgemacht hat, geschah das zu so hohen Gestezungskosten, daß seine Wettbewerbsfähigkeit dadurch auf die Dauer schwer behindert wird. Auf der anderen Seite wurde die Kohlenenerzeugung draußen wesentlich erweitert. Nordamerika hat sich weit über den europäischen Teil des alten Industriegebietes entporgeschwungen, und in Südamerika, Australien, Indien, Japan hat der Kohlenbergbau einen gewaltigen Aufschwung genommen.

Dazu kommt, daß Kohle technisch und wirtschaftlich für viele Zwecke gar nicht mehr so notwendig ist wie früher. Das Erdöl hat die Kohle vielfach verdrängt, seine Erzeugung ist in den letzten Jahren geradezu grandios gewachsen. Erdöl aber ist in der Hauptsache außereuropäisches Erzeugnis, 80 Prozent ungefähr von der Erdölerzeugung der Welt entfielen in den letzten Jahren allein auf die Vereinigten Staaten und Mexiko. Wahrscheinlich allerdings ist dieser Triumph des Erdöls eine Erscheinung, die in einigen Jahrzehnten vorüber sein wird, denn wenigstens die bekannten Erdölvorräte der Welt sind begrenzt und erschöpfen sich relativ schnell. Aber erstens sind einige Jahrzehnte auch schon eine ganz hübsche Spanne Zeit im Werden und Vergehen der Menschen, und dann besteht keineswegs die Aussicht, daß Europas Kohlenherrschaft dann wieder erstehen werde. Denn die Kohlenkräfte Europas, soweit sie mit nicht allzu großen Kosten zu heben sind, erschöpfen sich ebenfalls, und was aus schwindelnden, glühendheißen Tiefen herausgeholt wird, macht außerordentlich hohe Gestezungskosten. Außerdem lernt die Menschheit immer mehr, sich für die Zwecke der Energiebeschaffung von der Verwendung brennbarer Stoffe freizumachen.

Wasserkraft der Flüsse, Ströme und Meeresflut und die Kraft der Sonne sind bestimmt, an die Stelle der Kohlenverbrennung und jeder Verbrennung überhaupt für Heizung, Beleuchtung und Kraftbeschaffung für Industrie, Verkehr, Ackerbau und häusliches Leben zu treten. So ziemlich alle technischen Probleme, die da vor dem Kriege noch Schwierigkeiten machten, sind heute gelöst. Bis zur Schaffung der Anlagen wird es, namentlich solange das in der Gewinnung von Kohle und Erdöl angelegte Kapital sein Profitinteresse noch mit den Waffen und List des Kapitalismus verteidigt, wahrscheinlich zum guten Teil noch einige Zeit dauern. Aber daß

diese neuen Techniken sich durchsetzen, daß die neuen Energiequellen die alten verdrängen werden, das ergibt sich für den Fall, daß die Menschheit auch weiterhin kapitalistisch wirtschaftet, schon daraus, daß diese neuen Techniken eine viel größere Profitrate ergeben werden, und falls die Menschheit zur sozialistischen Wirtschaft fortschreitet, tritt es deshalb ein, weil in diesem Fall Profitabilität und Produktivität, was bekanntlich keineswegs immer der Fall ist, einmal zusammenfallen.

Die Quellen für diese Energien sind nun über die Welt sehr ungleich verteilt. Die Wasserkraft aus der Meeresflut hängt im wesentlichen von der Länge der ozeanischen Küsten eines Landes ab, und Europa hat zwar an sich wohl, im Verhältnis zur Landmasse, die stärkste Küstenentfaltung von allen Erdteilen, aber Europa ist klein und der ozeanische Anteil seiner Küstenstrecken ist gering, er reicht nur vom Nordkap bis Gibraltar, also nur über eine Strecke, die in jedem anderen Erdteil vielfach übertroffen ist. Ähnlich steht es mit den Flußwasserkraften. Ihre Größe hängt in der Hauptsache von folgenden Umständen ab:

1. der durchschnittlichen Gefällehöhe der Flüsse,
2. der durchschnittlichen Jahreswassermenge.

Beide hängen offenbar von vielen Umständen ab. Die größten Höhenunterschiede innerhalb eines Landes finden sich da, wo die höchsten Gebirge sind. Europa hat sie bekanntlich keineswegs aufzuweisen, vielmehr haben alle anderen Erdteile, mit Ausnahme von Australien, höhere Gebirge. Das zweite hängt von vielen Umständen ab, von denen namentlich die Regenmenge zu erwähnen ist. Europa gehört (mit einigen anderen Ländern) zu denjenigen, die eine nicht gerade übermäßig hohe Regenmenge aufzuweisen haben. Alle diese Umstände nötigen daher zu dem Schluß, daß Europa beim Ausbau der Wasserkraften immer mehr ins Hintertreffen geraten wird. Dazu wirkt auch gerade der Umstand mit, daß Europa so gut mit Kohlen versorgt ist. Denn dadurch wird natürlich der Ausbau der Wasserkraften hintangehalten. So hat vor einigen Wochen ein leitender Mann der Wasserkrafttechnik Englands erklärt, daß es schamerregend wäre, wie weit in dieser Hinsicht England hinter anderen Ländern zurückgeblieben sei. Namentlich auch die Verhältnisse während des Krieges haben diese Ausnutzung des Wassers zur Energieerzeugung in Übersee mächtig gefördert. In den Vereinigten Staaten, in Südamerika, in Südafrika und Australien sind unter Aufwand riesiger Kapitalien gewaltige Wasserkraften für die Erzeugung elektrischen Stroms teils fertig ausgebaut und in Benutzung genommen, teils noch im Ausbau begriffen. Aber gerade der Umstand, daß diese Bauten kriegsbauartig sind, erleichtert es, ihre Kosten ganz oder zum großen Teil in den Kaufsang zu schreiben und ohne Rücksicht auf sie billig Strom zu produzieren. Bezeichnend dafür ist die gewaltige Wasserkraftanlage der Vereinigten Staaten in Muscle Shoals am River Tennessee. Dort ist ein Teil der Wasserkraft während des Krieges ausgebaut und zur Erzeugung von Stickstoffverbindungen aus der Luft auf elektrischem Wege verwendet worden. Der Ausbau des Restes ist halb fertig. Jetzt ist Ford drauf und dran, die ganze Anlage praktisch umsonst zu erhalten, so daß er sich verpflichten kann, alle anderen Erzeuger von Stickstoffdüngern zu unterbieten. Was der Staat an Baukosten dabei endgültig verliert, das ist längst auf die Kriegskostenrechnung verbucht und scheidet dadurch aus den Gesehungskosten des elektrischen Stroms und der mit seiner Hilfe gewonnenen Erzeugnisse aus.

Es handelt sich also bei alledem nicht um Spekulationsideen, sondern um die wirtschaftlichen und technischen Realitäten, die seit Jahren im Begriff sind, die Kräfte auf der Welt in der Energiegewinnung völlig neu zu verteilen. Das Kohlenmonopol Europas ist gebrochen und wird nie wiederkehren, denn es hat nicht allein Kohle, und Kohle ist nicht mehr in dem früheren Grade unentbehrlich, sondern kann im allgemeinen ersetzt werden.

Auch die wichtigsten Nährstoffe der Landwirtschaft werden heute in höherem Maße als früher von außereuropäischen Volkswirtschaften hergestellt. Schon vor dem Kriege kam Stickstoffdünger (Salpeter, Guano) und Phosphordünger (Phosphate) zum guten Teil aus Übersee: Chile und die Südseeländer lieferten sie. Für den Stickstoffdünger ging damals die Entwicklung eher in der Richtung der Europäisierung dieser Produktion, denn die verschiedenen Verfahren, Stickstoff und Luft in Düngerform zu bringen, ermöglichten das. Auch die Phosphate kamen in zunehmendem Maße aus Europa selbst, sie fielen bei der Verhüttung der Eisenerze im Thomasprozeß als Nebenprodukt mit ab. Die Lage ist durch die

Billigkeit elektrischer Kraft aus Wasser und durch die zunehmende Verhüttung von Eisenerzen außerhalb Europas auch hier in bezeichnender Weise geändert worden. Aber wichtiger ist, daß das Monopol Europas auf die Erzeugung eines wichtigen Düngstoffes, Kali, inzwischen gebrochen ist. Man hat seit 1915 gelernt, auch anderswo als in Europa Kali zu finden; im Meerwasser, im Wasser der salzigen Binnenseen ist es enthalten, aus dem Rauch von Hochöfen und Zementöfen kann es gewonnen werden, man braucht nur die erforderlichen Mengen von Wärme und elektrischem Strom billig zu haben, um diese Produktion aufzunehmen. Sie sind aufgenommen worden und werden mit dem Fortschreiten der Erschließung der Sonnenwärme und der Wasserkraften weiter ausgebreitet werden. Daneben aber hat man begonnen, zu untersuchen, ob nicht auch anderswo als in Europa Kalisalze in abbauwürdigen Mengen und Lagen in der Erde vorkommen; und mindestens in einem Fall, in Texas, hat man sie bereits erbohrt. Auch dieses Monopol Europas ist also dahin, und wahrscheinlich wird es kein Jahrzehnt mehr dauern, bis die Führung der Kaliherzeugung Europa endgültig verloren geht. Schon jetzt wachsen die Absatzschwierigkeiten in einem nahezu unerträglichen Maß.

Fassen wir zusammen, was wir an einzelnen Beispielen kennen gelernt haben. Europa hat in den letzten zehn Jahren seine industrielle Vormachstellung und seine Herrschaft über wichtige Rohstoffe und Kräfte verloren. Von 1500 bis 1900 hat Europa auf Grund seines industriellen Vorsprungs (unter dem Namen der Kolonisation) die Rolle eines Pensionärs der übrigen Welt gespielt, die übrige Welt ausgebeutet und ist daran wohlhabend, ja reich geworden. Menschenmassen sind in Europa herangewachsen, die nur deshalb leben konnten, weil Europa diese Vorherrschaft genoß, weil die ganze übrige Welt an Europa Tribute zahlte. Wenn dieser Zustand erhalten oder, genauer gesprochen, auch nur seine Umkehrung verhütet werden soll, so muß Europa eine Forderung erfüllen, die schwer zu erfüllen ist, ja die heute vielleicht sogar noch schwerer überhaupt nur zu erkennen ist: es muß seine Volkswirtschaft den völlig veränderten Bedingungen anpassen.

Was heißt das? Ein kurzer Ausflug in das Gebiet theoretischer Betrachtungen des Wirtschaftens wird uns die Elemente dieser Kenntnis zur Verfügung stellen und uns dadurch zeigen, in welcher Richtung die Aufgaben liegen, die das Selbsterhaltungsinteresse der europäischen Industrievölker ihrer Staats- und Wirtschaftspolitik stellt. Deshalb bitte ich die Leser, diesen Ausflug ins Wirtschaftswissenschaftliche geduldig mitzumachen; es wird sich lohnen.

VII. Ein kleiner Ausflug ins Abstrakte

Es gibt zwei Arten, den Bedarf eines Volkes an wirtschaftlichen Gütern durch den Ertrag eigener Arbeit zu decken: das Volk kann entweder die Güter, die es braucht, durch seine eigene Arbeit direkt herstellen, oder aber es kann sie einkaufen, indem es andere Güter erzeugt, als es nötig hat, und diese für die benötigten Güter anderen Völkern, die sie brauchen können, im Tausch aushändigt.

Eine der seltsamsten Erscheinungen unserer Wirtschaft ist nun die, daß die Schwäche unserer europäischen Wirtschaftslage darin besteht, daß wir viele Dinge, die wir nötig haben (z. B. Getreide, Spinnstoffe usw.), nicht in dem erforderlichen Maß herstellen, dagegen von anderen Gütern Mengen erzeugen, mit denen wir zum Teil nichts Rechtes anzufangen wissen. Wir können sie nicht selbst verbrauchen, wir können sie aber im Tausch auch nicht gegen andere Güter loswerden.

Nehmen wir z. B. folgendes Beispiel: Wir können, wie wir wissen, Kali in der vielfachen Menge dessen, was wir jetzt jährlich zutage fördern, aus der Erde herausholen. Wir können an sich so viel Kali der Erde abgewinnen, daß dadurch der ganze Kalibedarf der Welt überreichlich gedeckt werden könnte. Trotzdem geschieht das nicht, sondern anderswo sucht man nach Fundstätten von Kali, findet sie, erschließt sie und verzichtet darauf, das deutsche Kali zu nehmen, obwohl man erst einmal große Kapitalien dort im Ausland aufwenden muß, um die Kaligewinnung in Gang zu bringen, während man bei Bezug des Kalis aus Deutschland das nicht nötig hätte. Warum geschieht das?

Hier müssen wir zwei Fälle unterscheiden: den, daß das auf eigene Rechnung wirtschaftende Individuum diese neuen Produktionsstätten für Kali freiwillig

erschließt, und den, daß eine Regierung durch Ausübung ihrer wirtschaftspolitischen Befehlsgewalt ihre Untertanen zwingt oder durch Versprechen besonderer Belohnung sie verlockt, die Kaliherzeugung aufzunehmen.

Wenn die Regierung so verfährt, so kann sie das aus verschiedenen Gründen tun, die sich alle in das eine Wort „Sicherheit“ zusammenfassen lassen. Entweder glaubt sie, daß zur militärischen Sicherheit es erforderlich ist, daß das von ihr verwaltete Land eigene, funktionsfähige Kaliherzeugungsstätten besitzt. So hat z. B. schon in alter Zeit die politische Gewalt dafür gesorgt, daß jedes Land möglichst reichliche Erzeugungsstätten von Salpeter hatte, dessen man für die Herstellung von Schießpulver benötigte. Oder es kann wirtschaftliche Sicherheit gemeint sein, die etwa darin besteht, daß das Land, um das es sich handelt, im Bezug des Kalis unabhängig wird von anderen Ländern, so daß es sich nicht beliebige Bedingungen für den Tausch von Kali gegen eigene Landesprodukte gefallen zu lassen braucht.

Wenn aber ein Privatmann in den Vereinigten Staaten sich daran macht, Kalilager zu erbohren und abzubauen und das eingeführte Kali in seinem Heimatlande durch Erzeugtes zu ersetzen, so wird er im allgemeinen ein anderes Motiv dafür haben; nämlich dies: daß er erkannt hat, daß er an dieser Unternehmung trotz des neuen Kapitalaufwandes und trotz der Tatsache, daß anderswo Kaligewinnung in einem zur Deckung auch des amerikanischen Bedarfs an sich völlig ausreichendem Maße zur Verfügung steht, gut verdienen wird. Die Ursache, weshalb er daran verdienen kann, besteht darin, daß er die Preise so gestalten kann, daß er den europäischen Kaliherzeuger durch Unterbieten von seinem heimatischen, sagen wir einmal dem amerikanischen Markt vertreibt, sei es, weil er selbst geringere Erzeugungskosten hat als jener, sei es, weil eine gefällige oder aus anderen Gründen (Sicherheit!) in derselben Richtung wie er interessierte Regierung ihm durch Schutzzölle, Einfuhrverbote oder ähnliche Maßnahmen diesen Vorsprung künstlich schafft.

Wenn also Europa mehr Kali erzeugt, als es verbrauchen oder mit Nutzen in der übrigen Welt gegen andere Güter vertauschen kann, was soll es dann tun? Soll es immer weiter Kali aus der Erde herausholen und davon große Vorräte aufstapeln? Soll es die Förderung einschränken? und wie? indem es die durchschnittliche Arbeitszeit im Kalibergbau heruntersetzt, die Zahl der Kalibergarbeiter aber beibehält? oder indem es die Arbeitszeit unverändert läßt, die Zahl der Arbeiter aber vermindert und einen Teil der Produktionsstätten stilllegt? Alles das sind Fragen, die an sich schon Probleme genug aufwerfen, die sicherlich nur von Fall zu Fall und mit großen Schwierigkeiten gelöst werden können. Dabei ist aber noch völlig die Frage übersehen, was denn nun geschehen soll, um der europäischen Wirtschaft die Güter zu beschaffen, die früher vom außereuropäischen Ausland gegen Lieferung von Kali eingetauscht wurden, nun aber auf diesem Wege nicht mehr beschafft werden können.

Es gibt verschiedene Wege, um diesem Abfall abzuwehren. Einer von ihnen besteht darin, daß man versucht, die amerikanischen Kaliherzeuger wieder aus dem amerikanischen Markt zu vertreiben, und zwar dadurch, daß man sie nun von Europa aus unterbietet, d. h. europäisches Kali so billig anbietet, daß der amerikanische Erzeuger nicht mehr mithalten kann. Offenbar wird derjenige von beiden Siegern bleiben, der imstande ist, seine Herstellungskosten für das Kali weiter herunterzudrücken als der andere.

Dazu gibt es verschiedene Mittel. Der eine benutzt billiger arbeitende Maschinen, Werkzeuge oder chemische Verfahren als der andere, oder er drückt die Löhne, die er seinen Arbeitern für ihre Mühe bezahlt, tiefer herunter, oder er holt aus der Arbeit des einzelnen Arbeiters bei gleichem Lohn mehr heraus, oder er wälzt die Steuern, die sein Kali verteuern, ab oder setzt ihre Verringerung durch, und dergl. mehr. Alle diese Methoden lassen sich zusammenfassen als Verbilligung der Erzeugung. Ob sie wünschenswert und nützlich, wie sie von Fall zu Fall moralisch zu bewerten sind, das steht auf einem andern Blatt und kann hier aus der Erörterung herausbleiben.

Die Ursachen, aus denen die wirtschaftliche Entwicklung, die zur Herausbildung von Weltwirtschaftsgebieten der von mir gekennzeichneten Art führt, zustande kommt, sind größtenteils solche, welche bewirkt haben, daß die neuen Industriegebiete sich billiger mit eigenem Produkt versorgen können als bisher. Der Umstand, daß diese Gebiete als Gläubiger von Kriegskosten und Kriegsschädigungen aus dem Krieg hervorgegangen sind, erlaubt es ihnen, große Anlagekapitalien, die unter normalen Verhältnissen durch die Zins- und Tilgungsrate einen erheblichen Aufschlag auf die Produktionskosten zu tragen hätten und daher im internationalen Wettbewerb

nicht standhalten könnten, dennoch anzulegen, weil sie auf Kriegskosten verbucht und ihre Bezahlung den Schuldnerationen überlassen werden kann. Das Beispiel von Muscle Shoals ist typisch für zahllose Fälle. Es kommt noch etwas hinzu.

Wenn aus irgendwelchen Gründen ein Staat bei sich gegen die Wirkung der Wettbewerbsverhältnisse künstlich eine Produktionsart großziehen und aufrecht erhalten will, so kann er das tun, indem er entweder das Auslandsprodukt auf seinem Markt durch Einfuhrzölle künstlich teurer macht als das inländische Erzeugnis, oder dadurch, daß er den inländischen Erzeugern durch ein Einfuhrverbot die auswärtigen Konkurrenten völlig vom Leibe hält. Beides kann er nur tun, wenn er stark genug ist, die Gegenwehr des Auslands gegen dieses sein Verhalten zu brechen. Dazu hat der Gläubigerstaat gegenüber dem Schuldnerstaat vorzüglich wirksame Mittel an der Hand. Er kann z. B., wenn der Schuldner ihm fällige Zinsen oder Tilgungsraten schuldig geblieben ist, mit der Eintreibung der Schuldsomme drohen. Er kann sich weigern, einem kapitalbedürftigen Lande irgendeine Anleihe zu gewähren. Er kann die Erlaubnis zur Einwanderung von Staatsangehörigen jenes Landes bei sich an die Bedingung knüpfen, ob jenes Land ihm irgendeine handelspolitische Forderung erfüllt, und was dergleichen mehr ist.

Demgegenüber kann das Schuldnerland nur zweierlei tun: es kann versuchen, sich anderswo Absatz zu suchen für die Erzeugnisse, die es in dem Lande, von dem wir sprachen, nicht mehr unterbringen kann, oder es kann versuchen, sich von der Notwendigkeit der Rücksicht auf den Absatz dieser Güter zu befreien und sich so einzurichten, daß es ohne ihn auskommen kann.

Damit haben wir im wesentlichen gesehen, worauf es für das europäische Industrieland in seiner gegenwärtigen Lage ankommt. Sehen wir nun zu, wie sich das im einzelnen ausführen läßt, welche ganz konkret anzugebenden Fälle und Maßregeln in dem besondern Fall des gegenwärtigen Industrieuropas und seiner gegenwärtigen Weltwirtschaftslage zur Ausfüllung des allgemeinen Schemas gegeben sind.

VIII. Europas Einigung die einzige Rettung

Wenn man die Dinge dieser Welt nüchtern unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaft betrachtet, so ergeben sich manchmal ganz unerwartete Folgerungen, die gelegentlich absurd erscheinen mögen, oft aber auch außerordentlich lehrreich sind. Bekannt ist der Streit darüber, welchen Vermögenswert ein Mensch hat (womit nicht der Marktpreis eines Sklaven gemeint ist); zu einem Ergebnis führt der Streit eigentlich nicht, weil seinem Wesen nach der Mensch zwar ein Produzent von Waren, aber nicht selbst eine Ware ist. Aber die Erörterung hat doch einmal eine solches, allerdings recht überraschendes, Ergebnis gehabt: Ein amerikanischer Chemiker hat kürzlich einmal den menschlichen Leib chemisch analysiert und dabei festgestellt, daß die in ihm enthaltenen Stoffe ungefähr einen Dollar wert sind; eine Einsicht, die sicherlich geeignet ist, das Gottähnlichkeitsbewußtsein des Menschen nützlich zu dämpfen.

Auch der Krieg ist von jeher Gegenstand der stärksten Gefühle gewesen und ist es heute noch. Daß seiner verderbenden und zerstörenden Wirkungen und bewundernde Verehrung seiner Schöpferkraft stehen einander schroff gegenüber und haben in den Schriften etwa eines Norman Angell („The great illusion“, „Die große Täuschung“) und Sombart („Krieg und Kapitalismus“) ihren Ausdruck gefunden. Wieviel an beiden Einschätzungen aber auch berechtigt oder unberechtigt sein mag, das jedenfalls ist sicher, daß der Krieg überhaupt ein Hebel ist, der die wirtschaftliche Entwicklung zu bewegen, aus ihrer Bahn zu drängen und in eine andere Bahn zu schieben vermag, in der sie nun nach den Gesetzen der ökonomischen Schwere zu einem ganz anderen Ergebnis weiterläuft, als vor diesem Eingriff kriegerischer Gewalt vermutet werden durfte, ja, erwartet werden mußte.

Der Krieg hat nun in unserem Fall die internationalen Wettbewerbsverhältnisse in zum Teil durchgreifender Weise geändert. Er hat, das muß hervorgehoben werden, nichts prinzipiell Neues geschaffen. Daß Amerika, Asien, Australien irgendwann einmal selbst ihren Bedarf an Fabrikaten herstellen würden, das war immer zu erwarten. Aber mit einem gewissen Recht konnte man annehmen, daß diese Ent-

wicklung sehr langsam vor sich gehen und dadurch, daß diese Länder das zur Industrialisierung erforderliche Kapital zunächst aus Europa entleihen würden, diesem Gelegenheit geben würde, sich den langsam sich verändernden Bedingungen anzupassen. Durch den Krieg ist es aber anders geworden. Europa hat das Kapital für die Industrialisierung der übrigen Welt wohl auch hergeben müssen, wenn ihm die Zahlung der Summe vorläufig auch noch kreditiert ist. Aber nicht als europäische Kapitalanlage in Übersee tritt es auf, sondern als mit den Waffen erpreßter Tribut Europas an Übersee, und insolgedessen stehen, da die Kosten auf Europa abgewälzt worden sind, die gewaltigen industriellen Produktionsanlagen der neuen Industriegelände mit null zu Buche, sie brauchen aus dem Verkaufspreis der Produkte nicht verzinst und gefilgt werden, da Europa dies besorgt.

Wenigstens, wenn man sich an den Wortlaut und Sinn der Friedensverträge hält. Europa soll nach ihnen diese Kosten aufbringen, und die Verteilung der Kosten innerhalb Europas ist so geregelt, daß letztlich die besiegten Staaten die ganze Last zu tragen haben. Aber es ist eine Frage für sich, ob auch dies gelingen wird. Dabei muß man sich über folgendes klar sein:

Die außereuropäischen Gläubigerstaaten sind durchaus entschlossen, die Zahlung der Tribute von Europa selbst zu erzwingen. Sie sind in der angenehmen Lage, daß ihnen vertraglich nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger haften. Einer der europäischen Siegerstaaten zahlt schon jetzt den auf 80 Jahre berechneten Tribut tatsächlich aus: England. Und daneben wird ein Teil des Tributs von den Volkswirtschaften ganz Europas an die Amerikaner in Gestalt von Dividenden und Zinsen der privaten Unternehmungen bezahlt. Die Neuordnung der Reparationsfrage durch das Dawesabkommen ist kein Gefühlsausbruch der amerikanischen Menschenfreunde, die ihren armen, leidenden europäischen, besonders deutschen Brüdern Linderung ihrer Nöte bringen wollen, sondern ein entschlossener Versuch, Zahlungen aus Deutschland herauszuholen, die schließlich den neuen Gläubigerstaaten zugutekommen sollen und werden. Frankreich, Belgien, Serbien usw. werden dadurch amerikanische Steuereinnahmer großer Stils, und es ist kein Zufall, daß der leitende amerikanische Kopf dieser Kommission jetzt als Vertrauensmann des nordamerikanischen Großkapitals um die Vizepräsidentenwürde bewirbt, sondern er hat sich als Sachwalter ihres Tributanspruchs ausgezeichnet bewährt, verspricht für die Zukunft weitere nützliche Leistungen und wird deshalb zu gleicher Zeit belohnt und auf einen Posten gestellt, auf dem man weiterhin Zufriedenstellendes von ihm erwartet.

Durch diese Gestaltung der Dinge ist das neue Industriegebiet zunächst einmal im industriellen Wettbewerb ein paar Pferdelängen weit vor die europäischen Industrieländer zu stehen gekommen. Es fragt sich nun, ob Europa imstande ist, diesen Vorsprung wieder ein- und den Wettbewerber aufs neue zu überholen.

Da muß vorweg gesagt werden, daß das, wenn überhaupt, jedenfalls nur zu einem Teil möglich sein wird. Denn Europas Tributleistung wird, ebenso wie sie sich als Verbilligung der Gesteungskosten in Amerikas usw. Industrie, Bergbau usw. darstellt, genau so auf der Seite Europas als langdauernde und erhebliche Belastung der Gesteungskosten dieser Industrien wirken, und es wird sehr großer Ersparnisse an anderen Kosten bedürfen, um diese Last auszugleichen, ja, mehr als auszugleichen. Vor allem wird, das muß nachdrücklich betont werden, nichts dadurch geleistet werden, daß man das wertvollste Aktivum der europäischen Wirtschaft, nämlich eine qualitativ hoher Leistungen noch fähige Arbeitskraft, durch Überanspannung und Lohndruck noch weiter herunterwirtschaftet, als es die Verhältnisse, die seit dem Kriegsausbruch in Europa gewaltet haben, ohnehin leider schon taten. Der Kampf gegen den Achtsundentag ist unter diesem Gesichtspunkt, der sicherlich rein wirtschaftlich der maßgebende ist, das Törichteste, was die europäischen Unternehmer tun können, denn durch ihn verwirtschaften sie auch noch das letzte große Aktivum, das ihnen übrig geblieben ist, nachdem sie die übrigen Aktiva der europäischen Wirtschaft seit zehn Jahren so meisterhaft verwirtschaftet haben.

Nein, die Kostenersparnis muß in anderem gesucht werden. Es muß rein privatwirtschaftlich rationeller gewirtschaftet werden. Europa muß sich von den bequemen und nachlässigen Arbeitsformen freimachen, die es sich im Besitz eines Monopols leisten konnte, es muß sich entschließen, alle bloße Gemütslichkeit, alle bloße Gewohnheit, alle bloße Routine, alle Gefälligkeit gegen nichts leistende Leute, die aus politischen oder persönlichen Gründen Günstlinge eines Unternehmers sind, aus der Herrschaft im industriellen Produktionsprozeß zu vertreiben und schärfste Berechnung,

wissenschaftliche Durchstraffung, menschliche Rücksichtslosigkeit auf die Launen der Menschen, walten zu lassen. Sozialpolitik als Förderung der Produktion ist notwendig, ja, notwendiger denn je. Aber der Schein von Sozialpolitik, der darin besteht, daß man die Menschen erst arbeitsunfähig macht und sie dann kümmerlich (ach! wie kümmerlich) füttert, dieser Schein darf nicht mehr für eine wertvolle Leistung genommen, nicht mehr als menschlich anerkennenswerte Tat angerechnet werden, sondern muß als das erkannt werden, was er ist: katastrophale Schwächung der Wirtschaftskraft Europas.

Dabei muß man sich klar darüber werden, ob man in den einzelnen Ländern Europas sämtliche jetzt vertretene Zweige der Produktion aufrechterhalten oder ob man sie entschlossen auf die bestere lebens- und leistungsfähigen beschränken will. Einige Beispiele: Europa kauft jetzt jährlich ungeheure Mengen Spinnstoffe in Übersee. Einen Teil davon führt es als Gespinnst und Gewebe wieder aus, den Hauptteil aber behält es, um dadurch seinen Eigenbedarf an Kleidern, Wäsche usw. zu decken. Soll dies so bleiben? Europa könnte sich zum guten Teil von diesem Tribut dadurch befreien, daß es nicht mehr Wolle, Baumwolle, Seide, Jute, Hanf, Flachs usw. von draußen zukaufte, sondern aus eigenen Holztrümmern und aus zugekauftem Holz Kunstseide erzeugt und dadurch seinen Eigenbedarf an Textilien deckt. Eine grobe Schätzung ergibt, daß Europa dadurch jährlich etwa 800 bis 1000 Millionen Goldmark als Tribut ans überseeische Land ersparen würde. Aber natürlich handelt es sich hier um ein Problem, das nicht mit diesen wenigen Sähen abgetan werden kann, man müßte zum Beispiel erwägen, ob die übrige Welt sich das gefallen lassen würde, was aus der Textilfabrikationsuhr Europas dabei werden würde, und was dergleichen mehr ist. Das Beispiel soll mir nur zur Veranschaulichung der Behauptung dienen, daß an Stelle der Produktionswillkür besonnene Produktionspolitik in Europa treten muß, wenn es nicht mit ungeheuren, überflüssigen und bei der künftigen Lage des Weltmarktes erdrückenden, Unkosten arbeiten soll.

Eine weitere Frage ist die, ob es denn nicht auch in den Verhältnissen der einzelnen Völker Europas zueinander Elemente gibt, die als überflüssige und verderbliche Erhöhungen der europäischen Erzeugungskosten wirken und deshalb so weit wie möglich ausgeschaltet werden müssen. Diese Frage liegt um so näher, als uns ja bekannt ist, daß die Vernichtung der Vormachtstellung Europas in der Welt die Folge des ungeheuren Zusammenstoßes zwischen den europäischen Völkern ist, den wir alle schauernd erlebt haben und unter dessen katastrophalen Folgen wir alle leiden müssen. Und da ist sofort klar, daß der jetzige Zustand Europas jedenfalls eine ganz schwere Belastung dieser Art bedeutet. Aus politischen Gründen haben im Jahre 1923 die Deutschen auf der einen Seite, die Franzosen und Belgier auf der anderen Seite gegeneinander zum zweiten Male in diesem Jahrhundert Krieg geführt. Daß Deutschland dadurch unmittelbar an den Rand des Abgrundes gedrängt wurde, aus dem es kein Wiederaufsteigen gibt, wenn man einmal hineingestürzt ist, das wissen jetzt allmählich in Deutschland auch die blödesten Blödiene, nachdem sie, solange es noch Zeit war, dem Unheil vor seiner Verwirklichung Einhalt zu tun, die Warnungen entweder als Abdruck von Theoretikern oder als Vaterlandsverrat verächtlich gemacht hatten (was sie übrigens keineswegs bestimmt, jetzt gegenüber den Warnungen und Ratschlägen der Theoretiker verständiger und ihren Personen gegenüber sich anständiger zu verhalten; daß sie durch Schaden — der freilich meist der Schaden anderer ist — klug werden sollten, das ist zuviel von den Politikern Deutschlands und einiger anderer europäischer Länder verlangt). Die Wiederkehr dieser Verhältnisse ist unter allen Umständen zu verhindern, und deshalb ist jede Regelung der Lastenverteilung des Krieges in Europa, mag sie auch noch so ungerecht und unverständlich sein, sofern sie nur Friedlichkeit der Völker Europas sichert, besser als der Kampf. Denn dieser Kampf ist das kostspieligste und verderblichste Abenteuer, in das Europas Völker sich stürzen können.

Aber ich gehe noch weiter. Nicht nur der Wirtschafts- und der politische Kampf zwischen den europäischen Völkern müssen in der Zukunft unter allen Umständen und um jeden Preis vermieden werden, sondern es muß an die Stelle dieses Kampfes ein Verhältnis der Zusammenarbeit treten, das ich im folgenden in seinen wichtigsten Erfordernissen kurz skizzieren will.

IX. Was heißt europäische Wirtschaftseinheit?

Das gemeinsame Wirtschaftsinteresse Europas (worunter ich immer das europäische Festland nebst den Britischen Inseln, aber unter Ausschluß Rußlands, verstehe) besteht darin, zu verhüten, daß Europa dauernd Kolonialgebiet der neuen Industrieländer wird, d. h. daß es dauernd an sie Tribute, d. h. Leistungen ohne Gegenleistungen, zahlt. Um dies zu verhüten, müssen drei Gruppen von Einzelaufgaben gleichzeitig gelöst werden:

1. Das Reparationsproblem muß eine Lösung finden, die es den europäischen Mächten ermöglicht, einen möglichst großen Teil der Verschuldung Europas entweder niederzuschlagen oder so niedrig wie möglich zu verzinsen. Das hat zur Voraussetzung, daß die europäischen Währungen nicht dauernd von außer-europäischen Ländern abhängig werden, d. h. es ist die Herrschaft des englischen Pfundes in Europa zu sichern und eine europäische Währungsunion vorzubereiten. Es hat weiter zur Voraussetzung, daß von den verschiedenen Reparationsanleihen ein möglichst großer Teil in Europa selbst gezeichnet und der Ertrag zur Abtragung eines möglichst großen Teils des Kapitals der europäischen Überseeschulden verwandt wird.

2. Innerhalb Europas ist durch geeignete politische Maßregeln der Frieden zu sichern. Dahin gehört eine ehrliche Abrüstung in allen Ländern Europas, ferner eine möglichst baldige Aufhebung der Besatzungen und eine gegenseitige Kontrolle der Rüstungen der europäischen Mächte.

3. Die Wirtschaftspolitik der europäischen Länder ist in den Dienst gemeinsamer Produktions- und Außenhandelspolitik zu stellen. Zu diesem Zweck ist die Tätigkeit der Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet und die Tätigkeit der Privatleute, sei es in ihrer Vereinzelung als Wirtschaftssubjekte, sei es in ihren wirtschaftlichen Organisationen, über die Grenzen hinweg in wohlabgewogenen Zusammenhang zu bringen.

a) Staaten. Es ist eine Angleichung der Sozialpolitik zu erstreben, damit gleiche sozialpolitische Lasten die Produktion überall in demselben Ausmaß verfeuern. Es ist eine gleichmäßige Durchführung des sozialen Versicherungswesens, der Regelung der Arbeitszeit, der gesundheitlichen und moralischen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen und das Genossenschaftsrecht zu vereinheitlichen. Ferner ist auf wirtschaftspolitischem Gebiet die Gründung eines europäischen Zollverbandes mit zollfreiem Binnenverkehr zwischen denjenigen Ländern herbeizuführen, die einander unmittelbar benachbart und durch wichtige Produktionsinteressen unmittelbar verbunden sind. Das Kernstück einer solchen handelspolitischen Organisation wäre ein Zollverband, der mindestens Polen, die Tschechoslowakei, Österreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und die Schweiz einschließt. Innerhalb dieses Kerngebiets wäre das Handelsrecht einschließlich des Rechts der Unternehmungsverbände (Kartelle, Trusts usw.) zu vereinheitlichen, damit zwischenstaatliche feste derartige Organisationen möglich werden. Um diesen Kernverband herum wären dann zunächst wohl lose Verträge über dieselben Gegenstände mit den anderen europäischen Staaten zu schließen, die einen Eintritt dieser Staaten in den Kernverband vorbereiten. Der Kernverband könnte allerdings mit anderen europäischen Staaten solche Verträge nur schließen, wenn sie für ihn das Meistbegünstigungsrecht enthielten. Für alle handelspolitischen Streitigkeiten einschließlich der Festsetzung der innereuropäischen Zollsätze wäre ein Schiedsgericht zu bestellen, das das Recht hätte, die Zollsätze auf Antrag eines beteiligten Staates rechtswirksam herabzusetzen. Als zweite Stufe wäre die Einbringung aller staatlichen Unternehmungen, die den Betrieb von Transporteinrichtungen (Eisenbahnen, Kanälen, Häfen usw.) zum Zweck haben, in eine internationale Gesellschaft zu erstreben, in der jeder Staat als Aktionär nach dem Maß der von ihm eingebrachten Werte beteiligt wäre. Etwa auf den Transportanlagen ruhende Reparationsverpflichtungen müßten auf die Gesellschaft übergehen.

b) Private Wirtschaft. Zu erstreben ist die Bildung europäischer Kartelle, Syndikate und Preiskonventionen, etwa wie sie jetzt für die europäische Eisenindustrie durch den belgischen Stahlwerksverband angestrebt werden. Ferner wären zwischenstaatliche privatwirtschaftliche oder gemischtwirtschaftliche Unternehmungen zur gemeinsamen Ausbeutung der an den Grenzen mehrerer Staaten liegenden

Wasserkraft zu begründen. Wo durch private Initiative diese internationalen Vertikal- bzw. Horizontalorganisationen nicht zustande kommen, wäre durch gemeinsame Gesetzgebung zunächst der Mitglieder des Kernverbandes die Gründung von Zwangsverbänden der Unternehmungen herbeizuführen. Auch hier hätte ein Schiedsgericht dafür zu sorgen, daß Punkte, über die eine Einigung der Mitglieder des Kernverbandes nicht zustande kommt, entschieden werden.

X. Europäische Wirtschaftseinheit im Werden

Das im Vorstehenden Ausgeführte ist zwar nur eine Skizze, die zeigen soll, wie ungefähr man sich die konkrete Gestaltung eines europäischen Wirtschaftsverbandes denken könnte. Es soll keineswegs damit gesagt sein, daß man nicht in den Einzelheiten auch anders vorgehen könnte. Der Zweck dieser Zusammenfassung in ein paar kurze Sätze ist nur, den ersten Teil des Nachweises zu liefern, daß der ganze Gedankengang, der einen europäischen Wirtschaftsverband fordert, zwar an die Sachlichkeit und Nüchternheit des Denkens und Handelns der europäischen Völker sehr große Anforderungen stellt, aber keineswegs utopisch ist. Der zweite Teil dieses Beweises ist in der Behauptung gegeben, daß überall und ohne Rücksicht auf die noch außerordentlich starken politischen Gegensätze der europäischen Staaten untereinander ähnliche Maßnahmen bereits im Werden sind. Sie liegen zu sehr im offenkundigen Selbsterhaltungsinteresse der europäischen Industrienationen, als daß Hege und Haß sie ganz unterdrücken könnten, wenn sie sie auch abzuschwächen und ihr Kommen hinauszuschieben vermögen, wobei das Fatale der Sache nur ist, daß allzulange Hinausschiebung zu einer Verspätung im Eintritt einiger Vernunft in der Organisation der europäischen Wirtschaft führen muß, die zur Katastrophe führen kann, da man jetzt nicht wissen kann, ob es nicht plötzlich und unerwartet zu spät wird.

Über das Politische braucht nicht ausführlich gesprochen zu werden. Wer die Sicherung des Friedens nicht für möglich hält, der braucht keine Politik zu betreiben, denn die Erfahrungen der letzten zehn Jahre und die Fortschritte der Tötungs- und Vernichtungstechnik insbesondere seit dem Ende des Krieges haben jedem, der für Gründe und Tatsachen überhaupt aufnahmefähig ist, bewiesen, daß ein abermaliger Krieg innerhalb Europas den Zusammenbruch, die Vernichtung im wörtlichsten Sinn zur Folge haben müßte. Auch über die Lösung der Reparationsfragen ist hier nicht näher zu reden; es ist klar, daß das Dawesgutachten diesen Postulaten einigermaßen Genüge tun kann. Nur der dritte Punkt mag einer Illustration teilhaftig werden, und auch da wird es nicht notwendig sein, auf den Punkt „a) Staaten“ besonders einzugehen, denn in dieser Hinsicht liegen schon so viele Tatsachen vor, daß die Möglichkeit dieser Forderungen bei aller gebührenden Einschätzung namentlich der politischen Reibungen, die dieser Gruppe von Forderungen die Verwirklichung erschweren werden, als erwiesen unterstellt werden kann. Der Hinweis auf den deutschen Zollverein mag genügen, um zu zeigen, daß das Zustandekommen solcher Dinge geschichtlich trotz entgegenstehender nationalstatischer Instinkte und politischer Interessen möglich ist, wenn die objektive wirtschaftliche Notwendigkeit in hinreichender Schärfe auf die Entschließungen der Menschen drückt. Nur der Punkt „3b) Private Wirtschaft“ sei deshalb etwas ausführlicher behandelt, soweit es der uns gegebene Raum zuläßt.

Gegenwärtig leiden Frankreich wie Belgien und Luxemburg daran, daß sie in großen Mengen Eisenerze erzeugen, für deren Verhüttung ihnen entsprechende Mengen Kohle aus ihrem eigenen Gebiet nicht zur Verfügung stehen. Es handelt sich nicht nur um die großen linksrheinischen Minette-Lager, die sich durch Deutsch- und Französisch-Lothringen hinziehen, sondern auch um wesentlich eisenreichere Erzlager in Luxemburg und an verschiedenen Stellen Frankreichs, namentlich in der Normandie. Auf der anderen Seite hat Deutschland große Mengen von Kohle zur Verfügung, denen aber nur verhältnismäßig geringe Eisenerzorkommen gegenüberstehen.

Deutschland hat eigentlich nur drei hochwertige Eisenerzlagertstätten: an der belgischen Grenze, im Siegerlande und bei Peine. Daneben kommen einige Minette-Lager vor, außerdem zu beiden Seiten der bayerischen Donau Eisenerze von sehr geringem Eisengehalt, die außerordentlich große Lager bilden, wegen der gering-

fügigkeit des Eisengehalts aber bisher kaum in Abbau genommen worden sind. Vor dem Kriege gehörte das luxemburgische Eisenerz und ein großer Teil der lothringischen Minette zum deutschen Wirtschaftsgebiet, und in Deutschland wurden diese Erze verhüttet. Trotzdem kaufte Deutschland in großen Mengen billige Eisenerze aus Frankreich und hochwertige Eisenerze aus Schweden und Spanien zu.

Das lothringische und luxemburgische Erz hat Deutschland verloren — nicht zum wenigsten dank der Eier seiner Schwerindustriellen, die das Eisenerz französisch-Lothringens, ja, auch das der Normandie, gar zu gern hinzuerobert hätten. Deutschlands Kohlenherzeugung hat zwar unter dem Kriege sehr gelitten, der Einbruch ins Ruhrgebiet hat sie weiter geschädigt. Trotzdem wird sie sich aber bei ruhigen Verhältnissen bald erholen und große Überschüsse über Deutschlands Eigenbedarf liefern, zumal dieser Bedarf durch die seit Kriegsbeginn sehr stark gestiegene Braunkohlenherzeugung und Wasserkraftverwertung fortlaufend eingeschränkt wird. Deutschland muß also auch über die Reparationskohlenmengen hinaus künftig Kohle ausführen, um seine Förderfähigkeit ganz auszunutzen und seiner Handelsbilanz aufzuhelfen.

Schon vor dem Kriege bestanden zwischen den Kapitalisten der Verwertung von Kohle und Eisen diesseits und jenseits der Grenzen recht intime Beziehungen, die in der natürlichen wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit dieses Gebiets ihre Ursache haben. Der politische Gegensatz Deutschlands zu Belgien und Frankreich hat diese Verbindungen seit zehn Jahren zerstört. Der einzige Rest, der übriggeblieben ist, sind die deutschen Lieferungen von Reparationskohle an Frankreich und Belgien auf Grund des Friedensvertrages von Versailles. Auf die Dauer ist dieser Zustand aber natürlich wirtschaftlich nicht gerade wünschenswert, nicht nur die volkswirtschaftlichen Interessen, sondern auch die Profitinteressen der beteiligten Kapitalisten hüben und drüben leiden darunter. Deutschlands Eisenindustrie ist in der jetzigen Form überhaupt auf die Dauer nicht lebensfähig. Die Einfuhr von Erzen aus Schweden und Spanien wird sich auf die Dauer als valutatisch unmöglich erweisen. Deutschland muß mit billigen Minette-Erzen, denen Altschrott (Schrott) beigemischt wird, auskommen, wenn es dem internationalen Wettbewerb auf dem Eisenmarkt Schritt halten will.

Es kommt etwas anderes hinzu. Die Eisenindustrie des industriellen Europas ist in ihrer heutigen Ausdehnung überhaupt zu groß. Sie kann auf den überseeischen Märkten auf die Dauer den diesen eigenen Eisenindustrien im Wettbewerb nicht die Spitze bieten, dazu sind die Produktionsbedingungen der europäischen Eisenindustrie zu ungünstig. Künftige Absatzgebiete für europäisches Eisen außerhalb Europas sind auf absehbare Zeit nur Nordafrika, das westliche Mittelafrika und das europäische Rußland, im übrigen nur der europäische Markt selbst. Ohne eine erhebliche Verminderung der Eisenindustrie Europas wird es auf die Dauer nicht abgehen. Diese Verminderung kann natürlich durch Kampf erfolgen. Wenn aber Deutschland in einen Existenzkampf seiner Eisenindustrie mit der französischen und belgischen verwickelt wird, so wird es zweifellos unterliegen, denn Deutschland muß die Erze teurer bezahlen als Frankreich und Belgien, und diese beiden Länder beziehen aus Deutschland auf Grund der Reparationsverpflichtungen den wichtigsten Betriebsstoff der Hüttenwerke, Gießereien usw., die Kohle und den Koks, volkswirtschaftlich umsonst. Deutschland ist deshalb auf das dringendste daran interessiert, daß es zu einem solchen Kampf nicht kommt.

Aber auch die anderen haben natürlich dieses Interesse, denn selbst wenn sie den Kampf gewinnen, wird er ihnen schwere Wunden schlagen, denen vielleicht noch England, jedenfalls aber nicht Belgien und Frankreich standhalten können. Auch sie haben das Interesse, durch einen, wenn auch mageren Vergleich den Prozeß, sei er auch noch so fett, zu vermeiden. Infolgedessen haben ja auch (nach allerlei ergebnislos gebliebenen Vorspielen) die belgischen Hüttenbesitzer jetzt ernsthaft die Initiative ergriffen, um einen alleuropäischen Stahlwerksverband zu begründen, der diese Schwierigkeiten bereinigt und der europäischen Schwerindustrie die Kraft gibt, dem drohenden amerikanischen Wettbewerb wenigstens auf dem europäischen Markt selbst und in Rußland die Spitze zu bieten. Dabei werden sicherlich Betriebsverkleinerungen und Stilllegungen notwendig werden. Allerlei Menschen werden arbeitslos, beträchtliche Produktionsanlagen unwendbar werden. Aber das Opfer wird sich auf die verschiedenen Schultern verteilen und dadurch leichter fragbar werden.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse im Kalibergbau. Ich habe schon erwähnt, daß jetzt außerhalb Europas Kali produziert werden kann und daß die Amerikaner auch hierin bald als unsere Konkurrenten auf den überseeischen Märkten auftreten werden. Der Krieg hat aber nicht nur Europas Kalimonopol durchbrochen, sondern auch Deutschlands Anteil daran auf mehrere europäische Länder verteilt. Die elsässischen Kallager gehören heute Frankreich, und in Spanien sind Kallager erbohrt, Schächte niedergetrieben und Werke in Betrieb gesetzt worden. Deutschland hat deshalb ein dringendes Interesse daran, wenigstens die organisatorische Einheit der Kaliherzeugung Europas wiederherzustellen, denn wenn es zum Kampf kommt, so wird Deutschland zweifellos den kürzeren ziehen, weil seine Kali-Industrie schon für die früheren friedlichen Verhältnisse total überkapitalisiert war und infolgedessen zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz staatlichen Schutzes dringend bedurfte. Ein solcher staatlicher Schutz durch Deutschland allein genügt heute nicht mehr, sondern die europäischen Kali-Interessen müssen gemeinschaftlich geregelt werden, damit auch hier die notwendigen Opfer sich auf die verschiedenen Länder verteilen. Es ist zwar anzunehmen, daß in einigen Jahrzehnten die Absatzverhältnisse für das europäische Kali wieder günstig werden, weil bis dahin eine Verallgemeinerung des Kaligebrauchs der Landwirtschaft der Welt erwartet werden darf. Aber die Zwischenzeit ist aber ohne schwersten Schaden nur durch gemeineuropäische Arbeit hinwegzukommen. Der deutsch-französische Vertrag über den Kaliabsatz nach Amerika ist nur ein schwacher, allerdings sehr erfreulicher Anfang von ihr.

Ich will nicht in aller Ausführlichkeit die übrigen Gegenstände dieser Liste weiterbehandeln, sondern nur kurz erwähnen, daß auch die Erzeugung der übrigen künstlichen Düngemittel, des Stickstoffs und der Phosphorsäure, sich in genau derselben Lage befindet. Daß die europäische Zuckerherzeugung, die schon früher eine internationale Regelung zu ihrem Bestehen nötig hatte, ohne eine solche jetzt erst recht nicht auskommen kann, ist durch die gewaltige Zunahme der Rohrzuckerherzeugung und durch das Bevorstehen der Erschließung weiterer großer Gebiete, namentlich in Australien, für sie ohne weiteres als bewiesen zu erachten.

Für die chemische Industrie besteht eine Kapitalverzinsung ihres deutschen und ihres englischen Zweiges in der Verwertung der Koksnebenprodukte bereits, und die deutsche Margarine-Industrie ist nur ein (nicht einmal besonders statflicher) Teil der niederländischen Margarine-Industrie. Schließlich gibt es Wasserkräfte, die sich zur Erzeugung elektrischen Stromes eignen und mehreren europäischen Ländern gleichzeitig angehören. Man sollte meinen, daß das, was Brasilien und Argentinien fertig bringen, auch Deutschland möglich wäre. So wie jene die Wasserkräfte des Rio Iguazú gemeinsam verwerten, genau so müssen Deutschland und Frankreich und die Schweiz die Wasserkraft des Rheins gemeinsam auszunutzen lernen.

Alles dies sind nur Stichproben; eine vollständige Darstellung würde das Verfassen eines dicken Buches erfordern. Aber auch der vollständigste Katalog kann nicht mehr lehren als diese kurze Aufzählung einiger Hauptprobleme: daß nämlich nur die Ersetzung der europäischen Volkswirtschaften durch eine europäische Gesamtwirtschaft den Menschen Europas die Existenz und die Freiheit von internationaler Ausbeutung sichern kann, und daß diese Einheit, wenn auch langsam, allzu langsam, tatsächlich bereits im Werden ist.

XI. Der ungeheure Ernst der Lage

Scheuen wir uns nicht vor Wiederholungen! Es gilt, lebenswichtige Wahrheiten einzuprägen. Die etwa 300 Millionen Menschen, die früher (in der Maske großmütiger Versorger) die Eroberer und Beherrscher der Wirtschaftswelt waren, die alle guten Geschäftsgelegenheiten für sich mit Beschlag belegt und daraus reiche Renten bezogen haben, sie werden jetzt „versorgt“ und müssen dafür bezahlen, sie sind jetzt die Objekte weltwirtschaftlicher „Großmut“ geworden, sie sind jetzt Gegenstand kolonialistischer Betätigung der aufsteigenden außereuropäischen Wirtschaftsvölker. Durch ausländische Kapitalanlagen in Europa geht sogar das Eigentum an den Produktionsmitteln Europas nach und nach zu immer größerem Teil an außereuropäische Kapitalisten und Staaten über. Das neue Industriegebiet kann das alte, wenn es will, billig für sich arbeiten, aber auch, wenn es ihm beliebt, die europäischen

Industriebetriebe still liegen lassen. Von 1500 bis 1900 war die Zeit der Kolonisierung und imperialistischen Eroberung der überseeischen Welt durch Europa. Diese Zeit kann ihren Abschluß finden in einem Zeitalter der Gleichberechtigung der bisherigen Beherrschten mit den bisherigen Herrschenden. Dazu muß Europa im wirtschaftlichen Wettbewerb stark und produktiv sein. Wenn es das nicht ist, so vertauschen sich die Rollen, so tritt als Abschluß nicht eine Phase der Gleichberechtigung und Bundesgenossenschaft auf, sondern ein Zeitalter der Kolonisierung und imperialistischen, wenn auch wohl waffenlosen Eroberung Europas durch das neue Industriegebiet.

Das aber kann Europa nicht überleben, wenigstens nicht das Europa, in dem wir leben, in dem die 300 Millionen Menschen leben, die es (Rußland nicht gerechnet) heute bevölkern. Europa (immer, versteht sich, ohne Rußland) hat eine Fläche, die noch nicht so groß ist wie die der Vereinigten Staaten, aber dreimal soviel Menschen leben auf ihr, die aber keineswegs dreimal soviel Naturkräfte bändigen und dreimal soviel verbrauchbare Güter erzeugen. Daß diese Unmasse von Menschen im industriellen Europa heranwuchs, das war überhaupt nur möglich, weil die Tribute der Außenwelt die fehlenden Gütermassen dauernd zuzukaufen erlaubten; ohne diese Tribute wäre bei Europas bisherigem Wirtschaftszustand und seiner gewohnten Verbissenheit der europäische Geburtenüberschuß unmöglich gewesen; tausend Saugarme, Hunderttausende von Saugnapfen sog Europa draußen voll und nährte sich dadurch. Heute arbeiten diese Saugarme nicht mehr; nein, die anderen haben jetzt an Europa die Saugarme angehängt. Die Folge muß sein, daß Europas Menschen in Massen von Millionen verhungern und verkommen, wenn es nicht gelingt, der neuen Ausfaltung ein Halt zu gebieten.

Um ein anderes Bild zu gebrauchen: Europa steckt zwischen zwei Mühlensteinen. Der eine Mühlenstein ist das neue Industriegebiet; der andere die Unproduktivität des europäischen Wirtschaftens. Europa zerfällt in zwei Duzend politisch und wirtschaftspolitisch von einander unabhängiger Staaten, die jeder ihren eigenen Laden, ja, man muß, wenn man die Dinge ungeschminkt beim richtigen Namen nennen will, sagen, die jeder für sich ihr armseliges Kramlädchen betreiben und natürlich entsetzlich teuer, schwer mit falschen Kosten beladen, wirtschaften. Aber schlimmer noch: diese Staaten sehen sich wirtschaftlich wie politisch mit geballten Fäusten gegenüber. Auf einer Fläche, kleiner als die, auf der in den Vereinigten Staaten hundert Millionen Menschen, in großzügigem Zusammenschluß gemeinsam verwalten, einträchtig leben und wirtschaften, finden wir hier in Europa 300 Millionen Menschen, die allen Scharfsinn, alle Energie und alle Treulosigkeit aufbieten, um sich gegenseitig im Wirtschaften zu stören.

Aber auch damit noch nicht genug: nicht nur stehen sich diese Völker mit geballten Fäusten, geladenen Kanonen und geschliffenen Dolchen gegenüber, sondern auch jedes einzelne dieser Völker ist in eine Masse von verfeindeten Parteien zerrissen, wie es in der außereuropäischen Welt (abgesehen von Rußland) völlig unbekannt ist. Der Kampf der Parteien in Europa hat eine Schärfe, eine Schonungs- und Hemmungslosigkeit erreicht, wie wir sie, trotz der viel größeren objektiven Gegensätze zwischen Reichen und Armen, selbst in den Vereinigten Staaten nicht im entferntesten finden. Freilich gilt es hier, die Dinge mit dem richtigen Augenmaß abzuschätzen. So ist allerdings Bruderkrieg in China seit zehn Jahren; das hindert aber nicht, daß China die höchste Valuta der Welt hat, weil diese Kämpfe für die Gesamtheit des wirklichen produktiven Lebens Chinas soviel wie nichts bedeuten. Mexiko fällt seit 1½ Jahrzehnten von einem Bürgerkrieg in den anderen; aber es hat mit zehn Millionen Menschen jährlich einen Ausfuhrüberschuß von einer Milliarde Goldmark. Deutschland mit mehr als sechzig Millionen Menschen hat nicht etwa den sechsfachen Ausfuhrüberschuß, sondern einen Einfuhrüberschuß in der mehrfachen Höhe jenes Betrages.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, in Italien und Spanien ist der Bürgerkrieg, durch Erschöpfungsanfalle gemildert, seit Jahren eine liebe Gewohnheit geworden, sind seit langem Bomben und geladene Revolver das schönste Kinderspielzeug, das auf keinem wohl assortierten Geburtstagsstisch einer „besseren“ proletarischen, bürgerlichen oder adeligen Familie fehlen darf. In Deutschland, Italien und Spanien sind schon Gruppen, die die Austilgung jeder Spur von Gemeinwirtschaft sich zum höchsten Ziele gesetzt haben, entweder im Besitz der Staatsgewalt oder im Begriff, sich ihrer zu

bemächtigen. Solange man nicht gegen Paris marschieren kann, exerziert man wenigstens den Marsch auf Berlin, und solange man nicht weiß, mit welchen Mitteln man der Kapitalisten Herr werden soll, sucht man wenigstens den proletarischen Bruder zu erdroffeln oder mit Rizinusöl zu tränken. Europa stürzt durch relativ kleine Streikbewegungen aus einer Wirtschaftskrise in die nächste. In den Vereinigten Staaten hinterlassen selbst Arbeitskämpfe wie der Streik der Konfektions-Industrie mit seiner achtmontatigen Dauer kaum bemerkbare Schrammen an der Oberfläche des Wirtschaftskörpers. Ereignisse, die bei uns, im kleinen sich abspielend, vernichtend wirken wie schwere Seebeben, erzeugen auf der anderen Seite des Ozeans nur ein Wellenkräusel, wie wenn ein See von einer leichten Frühlingsbrise freundlich gestreichelt wird.

Auch die wirtschaftlichen Verfallserscheinungen in Europa sind schon ganz deutlich. Das alte Industriegebiet, aus dem alle industrielle Technik zuerst entsprungen ist, ist heute technisch gegenüber den Vereinigten Staaten weit im Rückstand, Europas Landwirtschaft, in der zuerst rationell und wissenschaftlich der Bodenertrag gesteigert wurde, stümpert kläglich hinter der überseeischen Landwirtschaft hinterdrein. Technisch sollten heute die Europäer die demütigen Schüler der Amerikaner sein; aber sie sind es nicht, denn nicht einmal dazu reicht ihre Einsicht, und immer hoffnungsloser geraten sie dadurch ins Hintertreffen und merken in ihrem Stolz auf das Anziehen immer neuer, leer laufender, aber schallend klappernder „Apparate“ gar nicht, wie weit sie hinter den überseeischen Wettbewerbern zurückbleiben.

XII. Die politische Chance des Augenblicks

Ist mit dieser Feststellung der Tatsachen alles getan? Gibt es keinen Ausweg? Er wurde schon angedeutet: Der wirtschaftliche Zusammenschluß des industriellen Europa kann die Rettung aus der Not bringen. Diese Einsicht beginnt überall zu dämmern, „gute Europäer“ in diesem Sinne gibt es in den meisten Ländern Europas. In England und Frankreich kämpfen die Regierungen dafür, den Weg zu solcher Entwicklung freizumachen, und gerade die Schüler Marx' wissen, daß die Logik der Tatsachen in der Entscheidung der geschichtlichen Entwicklung etwas zu bedeuten hat.

Europas Lage von heute ähnelt in verblüffender Weise der Lage Deutschlands zwischen 1815 und 1870. Die politischen Führer, die Machthaber dachten in der Mehrzahl nicht oder doch nur so ganz nebenher daran, deutsche Einheit begründen zu wollen, sondern fluchten dem Treiben, das Deutschland schuf und „Preußen ruinierte“. Wilhelm I. wollte noch 1870, wie sein Bruder 1849, die deutsche Kaiserkrone nicht annehmen. Ihn störte der „Ludergeruch der Demokratie“ mehr, als deutsche Gesinnung ihn begeisterte. Trotzdem drang die deutsche Einheit durch, die Wucht der wirtschaftlichen Umstände erzwang es und drängte dem preußischen Stockjunker Bismarck gegen alle seine Instinkte und Ideale die Heldengeste des Schöpfers der deutschen Einheit auf. Sollte nicht auch jetzt der europäischen Welt ein Heldenführer wider Willen erwachsen?

Vielleicht nicht einmal wider Willen. In Frankreich kehrt Caillaux zurück, dem die Notwendigkeit europäischer Einheit seit zwei Jahrzehnten im Blut brennt. In England ist Mac Donald, dieser gute Europäer, bereits im Triumph zurückgekehrt, und selbst die Herren von Stahl und Eisen und die Industrierhitzboje von Kohle und Kali fangen an zu spüren, wie der Wind weht. Sogar bei den Terkfilgräfern und Zuckerbaronen beginnt es hier und da schüchtern zu dämmern. Ausichtslos ist die Sache also keinesfalls. Kräfte, ganz oder halb unbewußt und vielfach auch sehr bewußt, sind am Werk. Es fragt sich, ob sie stark genug sein werden, nicht etwa um sich überhaupt durchzusetzen, sondern um sich rechtzeitig durchzusetzen, ehe der Untergang von hundert Millionen Europäern auch die Taubesten hellhörig gemacht hat.

Die deutsch-französische Wirtschaftsverschmelzung ist zwar keineswegs gleichbedeutend mit der europäischen, aber so wie die Dinge liegen, ist sie der Punkt, auf den es ankommt. Bei jeder Arbeit muß ein bestimmter höchster Punkt des Widerstandes überwunden werden. Ist das erreicht, so ist das Spiel gewonnen. Ist die deutsch-französische Wirtschaftseinigung gesichert, so kann die Einigkeit des ganzen Europa nicht mehr verfehlt werden. Und, das muß rund

heraus gesagt werden, die Entscheidung, ob dieser Punkt verfehlt wird oder ob das Werk gelingt, liegt heute bei der Arbeiterschaft. Nicht in dem Sinne freilich, daß die Arbeiterschaft erst einmal auf beiden Seiten des Rheins „den Sozialismus verwirklicht“ und dann die so geschaffenen sozialistischen Gebilde zusammenschließt, sondern in dem Sinne, daß die Arbeiterschaft zum Zusammenschluß der kapitalistischen Gebilde kräftig mithilft. Denn, auch diese bittere Wahrheit muß ruhig ausgesprochen werden, die Herstellung des Sozialismus (oder was man so nennen will) steht jetzt für den Augenblick nicht mehr auf der Tagesordnung der Geschichte der Menschheit.

XIII. Kapitalistische Einigung Europas eine Notwendigkeit für den Sozialismus

Was hier skizziert wurde, das ist eine kapitalistische Entwicklung, und das ist es, warum es dem Arbeiter schwer werden wird, diesen Dingen zuzustimmen. Aber es hat keinen Zweck, vor der Wahrheit die Augen zu verschließen. Gewiß hat es eine Möglichkeit gegeben, Europa zum Herrschaftsgebiet programmatisch auf die Herstellung des Sozialismus verpflichteter Parteien zu machen, wiewohl auch dann fraglich gewesen wäre, ob diese Parteien als Besitzer der politischen Macht den Sozialismus hergestellt haben würden. Heute ist aber kein Zweifel mehr darüber, daß seit 1917 diese Gelegenheit verpaßt worden ist. Die Wirtschaft, die in den letzten Jahren überall in der Welt im Wiederaufbau begriffen ist, ist durchaus kapitalistisch. Die Arbeiter hängen im alten und neuen Industriegebiet in ihrer Mehrheit gar nicht dem Sozialismus an, und die Wahlziele der Arbeiterparteien in Frankreich, England, Dänemark und anderswo in den letzten Monaten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Parteien nirgends aus eigener Kraft regieren können, sondern überall nur so weit Anteil an der politischen Macht haben, als sie bereit sind, in Koalition mit bürgerlichen Parteien zu regieren, die ausgesprochenenmaßen gegen den Sozialismus programmatisch festgelegt sind.

Freilich ist der Kapitalismus der Gegenwart etwas anderes als der Kapitalismus vor 10, 20 und 30 Jahren. Man kann nicht sagen, daß er mit einem Tropfen sozialen Öls gesalbt ist, er ist höchstens damit bekleckert, aber eine Rückkehr auf den sozialpolitischen Standpunkt von 1900 ist dem Kapitalismus von heute nicht möglich, und wenn die deutschen Kapitalisten noch so leidenschaftlich die wilden Männer spielen und die von ihnen ausgehaltenen Zeitungen und Syndizi zwingen, gegen den Achtstundentag, gegen Arbeitslosenversicherung, gegen Betriebsräte usw. sich zu wehren. Die Kapitalisten sind in ihrer geistig bedeutendsten Schicht längst zu der Einsicht gelangt, die Ford in seinem bekannten Buch ausdrückt, daß kurze Arbeitszeit und hohe Löhne ein gutes Geschäft für den Kapitalisten bedeuten. Gewiß wird in den verarmten europäischen Ländern im Lauf der nächsten Jahrzehnte der Lohndruck groß und der Aufwand für Sozialpolitik gering sein, aber der europäische Kapitalismus wird die kommenden Krisen nicht überstehen, wenn er in jener Einsicht hinter den überseeischen Kapitalisten zurückbleibt. Daß gerade die deutschen Kapitalisten es an dieser Einsicht am meisten fehlen lassen, ändert an der Richtigkeit dieser Behauptung nichts und erinnert nur nachdrücklich an den Satz, daß Gott den, den er schlagen will, seiner fünf Sinne beraubt. Alles geht vorüber, und auch der Kampf gegen den Achtstundentag als guter Ton in seinen Kapitalistenkreisen Deutschlands wird vorübergegangen sein, sobald die Herren spüren, daß sie mit diesem Gestampel schlechte Geschäfte machen; manchen beginnt es schon zu dämmern. Und wenn es allen Unternehmern helle wird, so werden die deutschen Professoren der Nationalökonomie die Binsenwahrheiten des Herrn Ford in ein wohlparaphraisiertes System bringen — prompt und billig, billig und schlecht, schlecht und spät —, aber immer noch nicht zu spät zur Rettung der Lehrstühle und des Unternehmerprofits.

Stinnes, der zwar ein unbeherrschter und leidenschaftlicher Mann und alles andere als ein guter Politiker war, aber eine feine Nase für die Witterung des nächsten Tages hatte, hat im Krieg durch die Begründung der „Arbeitsgemeinschaften“ diese Entwicklung vorweggenommen. Heute sind die Arbeitsgemeinschaften für den Augenblick bei den Kapitalisten unbeliebt, aber sie werden wieder

beliebt werden, wenn jene Leute sehen, daß unter weniger feierlichem Namen die kapitalistischen Konkurrenten draußen in der Welt schnell stärker werden als die in Deutschland. Deshalb wird ein sozialpolitisch orientierter Kapitalismus die Gesellschaftsordnung der nächsten Jahrzehnte sein. Das soll keine Billigung und kein Lob dieser Gesellschaftsform sein, sondern die nüchterne Feststellung einer Tatsache, ebensovienig wie man dem Astronomen nachsagen könnte, er billige es und lobe den Mond dafür, wenn er die Erkenntnis aussprechen würde, daß der Mond sich nicht in einer Ellipse, sondern meinetwegen in irgendeiner Schraube oder Spirale um die Erde dreht. Daß es so kommt, hat seinen Grund darin, daß die Arbeiterschaft heute, selbst wenn ihr die politische Macht in den Schoß fällt, gar nicht weiß, wie sie sie benutzen muß, um den Sozialismus zu verwirklichen. Besteht doch noch nicht einmal, wenigstens annähernd, Einigkeit unter den Gelehrten des Sozialismus, geschweige denn unter den Arbeitermassen, die ihm anhängen, darüber, wie eigentlich eine sozialistische Gesellschaftsordnung aussieht; vielmehr besteht in dieser Beziehung eine totale Konfusion.

Davon weiter unten noch mehr. Bleiben wir jetzt bei dem Gedanken, daß wir in den nächsten Jahrzehnten in der Welt einen Kapitalismus erleben werden, der an Großartigkeit des Ausmaßes seiner Betätigung und an Raffinement der Ausbeutungsmethoden alles hinter sich lassen wird, was wir bis jetzt kennen, und der erst die Anschauung von Marx wahr machen wird, daß der Kapitalismus die innere Tendenz hat, sich selbst immer mehr zu übersteigern.

So großartig und stark die kapitalistischen Gebilde dadurch werden und so groß auch vermutlich die Produktivität sein wird, die sie entfesseln, um so empfindlicher und verwundbarer werden sie auch sein. Sie werden darauf angewiesen sein, mit den Arbeitern möglichst gut auszukommen, und deshalb werden sie Sozialpolitik machen. Die Arbeiter aber werden an das Funktionieren dieser kapitalistischen Gebilde gebunden sein und sich dadurch in ihrem Kampf gegen die Beseitigung des Kapitalismus als Ausbeutungssystem gefesselt finden. In einem englischen phantastischen Roman von Burroughs ist kürzlich eine eingebildefte Welt geschildert worden, die nur noch weiter existieren kann, wenn riesenhafte Maschinenanlagen ohne jede Unterbrechung Tag und Nacht, jahraus jahrein atembare Luft produzieren. Stehen die Maschinen still, so ersticken die Menschen. Jeden Kampf können die Menschen dieser phantastischen Welt sich erlauben, aber er darf diese Maschinen nicht zum Stillstand bringen. Ihr Gebiet und die Menschen, die an ihnen arbeiten, sind unverletzlich.

So wird es auch mit diesem neuen Kapitalismus sein. Es wird verhältnismäßig leicht sein, ihn einfach zu zerstören, aber es wird ungeheuer schwer sein, den produktiven Wirtschaftsgang selbst zu erhalten, während man das Wirtschaftssystem vom kapitalistischen ins sozialistische Fahrwasser umsteuert. Dadurch ist ein Interessegegensatz in der Brust jedes Arbeiters selbst gegeben, der zu den schwersten Kämpfen in der Arbeiterschaft führen muß.

Gleichzeitig macht sich etwas anderes geltend. Immer schon war das Wirtschaftsleben für den Politiker schwer zu übersehen und noch schwerer bewußt zu organisieren. Wiewohl man nicht sagen kann, daß die Ökonomie als Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht habe und geeignet sei, die Machtsphäre der Kulturbeherrschung erheblich zu erweitern, darf man doch sagen, daß es heute möglich ist, den Prozeß wahrzunehmen, daß sich, quer über die Grenzen der Völker und Parteien hinweg, eine Geistesaristokratie von Wirtschaftswissenschaftlern herausbildet, die die Wirtschaftsvorgänge geistig beherrschen und, in der platten Alltagsprache ausgedrückt, imstande sind, wirtschaftspolitische Rezepte praktisch brauchbarer Art zu verabreichen, deren Wirkung im voraus mit Sicherheit kenntbar ist. Aber es ist eben eine Geistesaristokratie, die da heranwächst, der gewöhnliche Politiker und der arbeitende Mensch der Masse weiß von dieser Wissenschaft nichts und glaubt nicht an die Rezepte. Der Abstand zwischen der notwendigen und der den Massen zugänglichen Sachkenntnis wird um so größer werden, je mehr die wissenschaftliche Erziehung der Massen zu nüchterner wirtschaftspolitischer Urteilsfähigkeit verlagert.

Erziehung kommt nicht von selbst. Sie erfordert Menschen und Mittel, die diesem Ziel gewidmet werden; sie erfordert Reichtum, um diese Menschen und Mittel aufzubringen, und sie erfordert als Schüler Menschen, die körperlich gesund sind und geistige Spannkraft haben. Ein Proletariat, das beständig an der

Grenze der Verelendung einen verzweifeltsten Kampf um sein Dasein führt, kann weder die Lehrer noch die Lehrmittel sich leisten, kann weder die körperliche Gesundheit noch die geistige Spannkraft aufbringen, die zum nützlichen Durchmachen der Lehre erforderlich sind. Der geistige Zustand des deutschen Proletariats, wie er in den letzten zehn Jahren sich gestaltet hat, ist ein schreckenerregendes Zeugnis für die Wahrheit dieser Sätze. Deshalb wird jede Arbeit an dem Ziel, das Proletariat in diesen Dingen zu dem erforderlichen hohen Maß von Urteilskraft und Charakterstärke zu bringen, beginnen müssen mit der Sicherung einer ausreichenden Existenz der Arbeiterschaft. Gelingt das, so ist es keineswegs aussichtslos, auch einmal der kapitalistischen Ausbeutung Herr zu werden; bloße Deklamationen aber, während deren die Arbeiter verhungern und verkommen, führen nie zu etwas.

Die europäische Arbeiterschaft kann heute diese Existenzsicherheit nur haben, wenn Europas Wirtschaftseinheit hergestellt wird. Und diese Wirtschaftseinheit ist heute, so wie die Dinge liegen, nur in einem kapitalistischen Europa zu haben. Die deutsche Arbeiterschaft muß deshalb sich mit denjenigen bürgerlichen Elementen verbünden, die einsichtig genug sind, diese Notwendigkeit zu erkennen. Wenn die deutschen Arbeiter aus Besorgnis, den Klassenkampf zu vergessen, sich zu diesem Bündnis nicht entschließen können, dann werden sie es eines Tages nicht mehr nötig haben, über Zweck und Mittel des Klassenkampfes sich den Kopf zu zerbrechen — aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiterklasse nicht mehr existiert, die diesen Kampf führen kann.

XIV. Von Ausbeutung und Klassenkampf

Das ist richtig, daß durch die wirtschaftliche Einigung Europas die Ausbeutung nicht beseitigt wird. Wenn aber von proletarischer Seite dieser Satz als Beweis dafür angeführt wird, daß deshalb die Arbeiter für die wirtschaftliche Einigung Europas keine Beschränkungen im Klassenkampf sich auferlegen dürften, so ist das falsch. In der Praxis des täglichen Lebens sind auch die wildesten Kommunisten geneigt, abzuwägen, ob das Ziel die Opfer lohnt. Und es kommt nicht nur darauf an, ob Ausbeutung besteht, sondern auch darauf, ob Menschen, wenn auch noch so ausgebeutet, überhaupt leben. Dieser Gedanke, daß das Leben ein sehr hohes Gut ist und daß es sehr leicht ist, die anderen großmütig für ein Ideal, das in einem lebt, zu opfern, dieser Gedanke ist leider ganz in Vergessenheit geraten. Das ist weiter nicht merkwürdig in einer Zeit, in der nationalitistisch taumelnde Eltern jahrelang großzügig ihre Söhne ihren patriotischen Leidenschaften auf jenem Felde zum Opfer brachten, das diejenigen, die es nicht zu betreten brauchten, so gern das Feld der Ehre nannten, diejenigen aber, die dort litten, als Hölle erkannt haben. Wenn es aber auch nicht merkwürdig ist, so ist es doch ein unmöglicher Zustand. Diese ganze Ideologie des Opfern für die anderen, der Opferung der gegenwärtigen Generation für das vermeintliche Glück der künftigen mit all ihrem verlogenen Idealismus muß aber aus den Menschenköpfen wieder weichen, wenn Menschlichkeit und politischer Erfolg den Kampf der Arbeiterklasse wieder krönen sollen.

Daneben kommt es aber auf den Grad der Ausbeutung an. Es ist nicht dasselbe, wenn die Arbeiter eines wirtschaftlich selbständigen Europas von ihren eingeborenen oder eingeseffenen Kapitalisten ausgebeutet werden, und wenn ein unselbständiges Europa außerdem noch von den Kapitalisten und den Arbeitern derjenigen Länder ausgebeutet wird, an die es Tribut zahlen muß. Der Grad der Ausbeutung ist in beiden Fällen sehr verschieden, und im zweiten Fall werden die europäischen Kapitalisten nicht ebenfalls bedauernswerte Opfer der Ausbeutung. Die schwächeren Unternehmer (die aber im großen und ganzen auch die moralisch besseren sind, die gutmütigeren und menschlicheren) werden deklariert und ins Proletariat herabgedrückt, wenn Europa Kolonialland wird. Die Verfalleneren aber und die Reicherer, die Stärkeren und die Bedenkenloseren wandern zum Teil aus und etablieren ihre Ausbeutungsanstalt anderswo, zum Teil beglücken sie Europa auch ferner und wälzen die Ausbeutungsquote, die sie von Übersee her trifft, auf die europäischen Arbeiter ab. Die ganze Geschichte der Kolonisation ist eine deutliche Beweisführung für diese Behauptung. Deshalb sind es ja auch gerade in erster Linie nicht die großen Kapitalisten, die zuerst die Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Europas begreifen, sondern es sind die kleinen und harmlosen Unternehmer; und wegen dieser ungleichen Verteilung der Einsicht ist ihre Verwirklichung in der europäischen Politik so schwer.

Im übrigen aber soll man sich doch nur nichts vormachen. Zeitungen, Broschüren, Tischgespräche, Versammlungsreden halten wider von dem Schlagwort: Kampf der Ausbeutung! Wenn man aber versucht, herauszukriegen, was denn nun eigentlich diese Ausbeutung ist, die bekämpft werden soll, so entdeckt man abermals totale Konfusion. Die einen antworten fröhlich und ahnungslos: „Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!“ ohne sich weiter den Kopf darüber zu zerbrechen, was denn nun die Fähigkeiten und Bedürfnisse des einzelnen sind und wie der Fall entschieden werden soll, daß jeder seine Fähigkeiten für eine gesellschaftlich notwendige Arbeit als zu klein und seine Bedürfnisse für einen für ihn vorhandenen Teller voll Kartoffeln als zu groß erachtet. Andere verlangen Gleichheit in der Güterverteilung, aber wie eine gleiche Güterverteilung aussieht, z. B. für einen Säugling, für einen arbeitenden Mann, für eine stillende Mutter, für einen müden Greis, darüber wissen sie nichts zu sagen. Andere, die wiederum tiefer bringen, sprechen dem Arbeiter das Recht auf Existenz und auf den vollen Ertrag seiner Arbeit zu, ohne sich darüber klar zu sein, daß diese beiden Rechte miteinander in Konflikt treten müssen und daß man eines Prinzips bedarf, das uns die Schlichtung eines solchen Streits erlaubt. In Wirklichkeit ist Ausbeutung ein ganz unbestimmter Ausdruck des sehr berechtigten Protestes dagegen, daß die einen reich und die anderen arm sind, daß die einen hungern und die anderen prassen, daß den einen alle Geisteskräfte erschlossen sind und den anderen der Weg zu allen geistigen Gütern verarmt ist. Dieses unklare Gefühl ist unendlich wertvoll, denn es ist die Triebfeder aller sittlichen Kräfte, die den Kampf der Arbeiterschaft veredeln, ja es ist die Triebfeder dieses Kampfes selbst. Aber es ist weder ein taugliches Ziel noch ein brauchbares Werkzeug des Kampfes, denn dazu sind klare Einsichten und übereinstimmende Überzeugungen erforderlich. Sie aber können nur gewonnen werden durch Erziehung und Selbsterziehung des Proletariats.

Das wird auch hier nicht versprochen, daß es in einem wirtschaftlich geeinten Europa den Arbeitern sogleich besser gehen werde als jetzt. Für die Dauer kann man das versprechen, zunächst aber handelt es sich darum, das Vorhandene, so bescheiden es auch sein mag, zu erhalten, denn es ist von der Vernichtung bedroht. Dieser Umstand ist es auch, der dem Arbeiter gar keine Wahl läßt.

XV. Die Gefahr der Verbürgerlichung der Sozialisten

Es wird eingewandt, daß die Zusammenarbeit des Proletariats mit Bürgerlichen zur Erreichung der europäischen Wirtschaftseinheit notwendig sei, daß aber darin, von allem anderen abgesehen, die Gefahr der geistigen Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung stecke. Aber diese Gefahr schreckt mich nicht. Wer vor allen Gefahren sicher sein will, muß sein Leben unter der Bettdecke verbringen, und auch da kann er sich den Schnupfen holen oder im Schlaf aus dem Bette fallen und sich die Nasenpitze zerbrechen. Nein, nur „umrungen von Gefahr“ kann der Mensch sein Leben produktiv verbringen. Und übrigens soll man immer abschätzen, welche von mehreren Gefahren die größere ist. Größer ist zweifellos die Gefahr des Zugrundegehens des Sozialismus nicht durch Verbürgerlichung, sondern durch Vernichtung seiner proletarischen Träger. Es ist richtig: die Gefahr der Verbürgerlichung besteht für eine proletarische Bewegung immer. Gerade, wenn sie aufsteigt, hängen sich ihr nur zu leicht bourgeoise Schlacken an. Aufsteigende Klassen ahmen die bis dahin über ihnen schwebenden Klassen immer nach; gar zu gern würde man auch so vornehm und hätte man es auch so bequem wie jene Zöllner und Sünder, über die man öffentlich so tapfer zu schmälen weiß. Wenn man heute den Durchschnittsproletarier fragt, wie er sich das Leben der Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft vorstellt, dann treten im allgemeinen „Ideale“ von schauerlicher Spießbürgerlichkeit zutage. Kein Wunder in einer Zeit, in der das Proletariat von den in der Gesellschaft herrschenden Mächten in Schule und Kirche auf diese „Ideale“ dressiert wird.

Aber die Sache hat auch eine Kehrseite.

Die Gefahr der Ansteckung mit bürgerlichen Idealen kommt nicht erst durch Koalitionspolitik zustande. Die Erziehung des Proletariats, das Leben des Proletariats in der kapitalistisch geordneten Gesellschaft birgt ständig die Gefahr der Infektion wie mit den Pocken so mit Spießbürgergesinnung in sich. Gegen die Pocken kann man die Menschen impfen, Impfanstalten gegen bourgeoise Gesinnung aber sind noch nicht erfunden. Körperliche Seuchen kann man dadurch ausilgen, daß man die Träger der Ansteckung isoliert. Das kann aber nur gelingen, wenn die Träger der Ansteckung die wenigeren sind, sonst lassen sie es sich nämlich nicht gefallen. Die Spießbürger aber, denen sozialistische Gesinnung aber nicht im Herzen sitzt, sind heute noch in der ungeheueren Mehrheit. Wer also die Taktik der Isolierung gegen die Gefahr der Verbürgerlichung anwenden will, der muß in die Wüste gehen und dort ein einames Leben führen, wenn er ein Sozialist ist.

Unbildlich gesprochen: Wenn die wirklich sozialistischen Elemente des Proletariats sich isolieren, sich gegen die Welt der bürgerlichen Ideale künstlich abschließen, so ist das eine ungeheuerere Gefahr für die Verallgemeinerung geistigen Fortschrittes im Proletariat selbst. Denn es muß hier ausgesprochen werden, obwohl es manchem nicht angenehm klingt: so gut wie die bourgeoise Gesinnung Produkt der Bourgeoisie ist, genau so gut sind alle großen Ideen, alle wesentlichen geistigen Werte, die das Proletariat braucht, Produkt der bourgeoisen Kultur. Selbstverständlich! Denn alle wirklich guten Bildungsmöglichkeiten sind ja der Bourgeoisie vorbehalten, werden ja als Vorbehaltsgut der Bourgeoisie durch Lohnvertrag und Polizeisäbel geschützt. Auch die geistigen Träger der sozialistischen Gedankenwelt, Kant, Marx, Owen, Lassalle, Engels, Shaw, Jaurès usw., selbst Lenin, Trozki und die sonstigen Halb- und Dreivierteltgötter des bolschewistischen (angeblichen) Marxismus, sie alle sind bourgeoisen Ursprungs, und die Elemente ihrer geistigen Leistung für das Proletariat stammen alle aus ihrem bourgeoisen Bildungsgang her. Gefahr und Vorteil heben sich also auf. Die Verbürgerlichung muß gewagt werden, wenn die Sozialisierung der Geister gewonnen werden soll.

Und der Klassenkampf? Der Klassenkampf ist nicht etwas, was durch Deklamationen geleistet wird; der Klassenkampf ist auch moralisch nicht gefahrlos; der Klassenkampf besteht nicht darin, dreinzuschlagen oder, wenn man das nicht kann oder sich dessen nicht getraut, abseits zu gehen und dem Weltgetriebe mit Protestresolutionen im Herzen oder im Rucksack zuzuschauen. Gewiß werden in einem vereinheitlichten Europa die rückständigeren Teile des Proletariats wie BleiklöÙe an den FüÙen der fortgeschritteneren hängen. Aber ist das jetzt nicht auch so? Ist nicht deshalb gerade die Notwendigkeit der Internationalität des Klassenkampfes von Marx und Engels so frühzeitig erkannt und verkündet worden, weil es einen siegreichen Klassenkampf eines einzelnen Proletariats in der ganzen Völkergemeinschaft nicht geben kann? Was soll aber aus dieser Internationale werden, wenn ihre im ganzen immer noch stärksten Träger, die europäischen Sozialisten, zugrunde gehen?

Schließlich handelt es sich hier um eine Entscheidung, die im Laufe des sozialistischen Kampfes immer wiederkehrt. Manchen wundert es und mancher wirft es ihm immer wieder vor, daß Lenin in Rußland die bolschewistische Staatsgewalt für die Errichtung des Staatskapitalismus eingesetzt hat. Mich wundert das gar nicht, und wenn ihm weiter nichts vorzuwerfen wäre, dann könnte er deswegen doch der größte Führer sein, den der Sozialismus bisher hervorgebracht hat. Lenin hat erkannt, daß man nicht alles auf einmal haben kann, wie ein ungebärdiges Kind, und daß man dann nicht wütet und jammert wie ein ungebärdiges Kind, sondern soviel wie möglich herauszuholen sucht. Wenn schon (und diese Einsicht kann und darf uns nicht verborgen bleiben) Kapitalismus zunächst noch notwendig ist, dann sollen nicht die anderen ihn machen, sondern dann werden wir Sozialisten ihn machen. Denn dann werden wir nicht den Zeitpunkt übersehen, an dem die Entwicklung zum Überlenken in den Sozialismus reif ist, und dann werden wir, wenn der Zeitpunkt der Reife da ist, geistig und organisatorisch und moralisch die Kunst beherrschen, einen lebendigen Wirtschaftskörper so umzuformen, wie wir ihn haben wollen, ohne ihn umzubringen und uns Sozialisten mit ihm.